



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales



DEUTSCHER  
LANDKREISTAG



Deutscher  
Städtetag



DStGB  
Deutscher Städte-  
und Gemeindebund



Bundesagentur für Arbeit



**Gemeinsames Planungsdokument  
für die Zielsteuerung 2014 im SGB II**

---

## **Impressum**

Gemeinsames Planungsdokument der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Steuerung SGB II

Ansprechpartner:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Referat: II c 2

Telefon: 030 - 18527 6712

E-Mail: [IIc2@bmas.bund.de](mailto:IIc2@bmas.bund.de)

---

## Inhaltsverzeichnis:

1.	Ausgangslage sowie Inhalte des gemeinsamen Planungsdokuments.....	4
2.	Zielsystem zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende (§ 48b SGB II) .....	6
3.	Partner im Zielvereinbarungsprozess zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende (§ 48b SGB II) .....	8
4.	Schwerpunkte der SGB II-Steuerung im Jahr 2014.....	9
4.1.	Bundesweite Schwerpunkte der Steuerung im Jahr 2014 .....	9
4.2.	Schwerpunkte des BMAS in der Steuerung im Jahr 2014 .....	9
4.3.	Ziele und Schwerpunkte in der Steuerung im Jahr 2014 auf Landesebene .....	9
5.	Rahmenbedingungen im Jahr 2014 .....	10
5.1.	Konjunkturelle Entwicklung .....	10
5.2.	Haushalt.....	11
5.3.	Gesetzliche Änderungen.....	11
6.	Planungsgrundlagen und -inhalte für das Jahr 2014 .....	13
6.1.	Datengrundlagen für die Zielplanung .....	13
6.2.	Lokale Planung .....	13
6.3.	Inhalte der Vereinbarung.....	14
6.3.1.	Ziel 1: Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt .....	14
6.3.2.	Ziel 2: Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit .....	14
6.3.3.	Ziel 3: Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug.....	14
6.4.	Aufsetzpunkte und (unterjährige) Zielnachhaltung 2014.....	14
6.4.1.	Ziel 2: Jahresfortschrittswert der Integrationsquote .....	15
6.4.2.	Ziel 3: Jahresfortschrittswert für den Bestand an Langzeitleistungsbeziehern.....	15
7.	Ablauf sowie Zeitplan des Zielvereinbarungsprozesses für das Jahr 2014.....	16
7.1.	Ablauf dezentrale Planung .....	16
7.2.	Zeitplanung .....	17

---

## **Gemeinsames Planungsdokument für die Zielsteuerung 2014 im SGB II**

### *1. Ausgangslage sowie Inhalte des gemeinsamen Planungsdokuments*

Seit 2012 wird das durch Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Länder, Bundesagentur für Arbeit (BA) und kommunale Spitzenverbände (komSpV) entwickelte Verfahren zur Zielplanung und -nachhaltung im einheitlichen Zielsteuerungssystem nach gleichen Grundsätzen in beiden Aufsichtsstrukturen - sowohl in den gemeinsamen Einrichtungen als auch in den zugelassenen kommunalen Trägern – umgesetzt.

Die Einzelheiten des einheitlichen Zielsteuerungssystems wurden 2011 mit dem Papier „Gemeinsame Grundlagen der Zielsteuerung SGB II“ (nachfolgend „Gemeinsames Grundlagenpapier“, Anlage 1) beschrieben. Im Rahmen des vom Bund-Länder-Ausschuss (BLA) erteilten Mandates hat die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Steuerung SGB II (BLAG Steuerung SGB II) entschieden, die Ziele 2 und 3 im Jahr 2014 dezentral zu planen und die von der dezentralen Planung abweichenden Gliederungspunkte des „Gemeinsamen Grundlagenpapiers“ in ihrer Gültigkeit für die Planung des Jahres 2014 auszusetzen.

Dem „Gemeinsamen Grundlagenpapier“ entsprechend wird jährlich das konkrete Vorgehen für das Folgejahr im „Gemeinsamen Planungsdokument für die Zielsteuerung im SGB II“ (nachfolgend Planungsdokument) festgelegt. Im Planungsdokument geht es ausschließlich um die in § 48b Absatz 3 Satz 1 SGB II genannten Ziele. Darüber hinaus sind grundsätzlich weitere Vereinbarungen über Ziele zwischen den in den §§ 48b und 18b SGB II genannten Beteiligten möglich.

Mit dem Ziel, das System weiter zu verbessern, wird das „Gemeinsame Grundlagenpapier“ regelmäßig einer gemeinsamen Überprüfung unterzogen und – unter Rückgriff auf die gewonnenen Erfahrungen – ggf. weiterentwickelt, um als Basis für die Zielwertplanung aller Jobcenter (JC) zu dienen. Die Überprüfung findet im Rahmen der jährlichen Erarbeitung des Planungsdokuments statt. Vor dem Hintergrund ergeben sich im Hinblick auf das Planungsjahr 2014 folgende Veränderungen, Konkretisierungen und Weiterentwicklungen.

Die Zielplanung wird für die Ziele 2 und 3 in einem dezentralen Prozess erfolgen; die bisherige Anlage 3 zum Planungsdokument mit Beschreibung der Referenzwerte wird daher durch den Leitfaden (siehe Ziffer 6.2) ersetzt.

Die erstmalige Umsetzung der dezentralen Planung für die Ziele 2 und 3 im Jahr 2014 geht mit einem höheren Maß an Planungsverantwortung für die handelnden Akteure vor Ort einher. Sie soll zu realistischeren und gleichzeitig ambitionierten Zielwerten und damit zu einer höheren Akzeptanz des Planungsverfahrens insgesamt führen. Es wird dabei davon ausgegangen, dass die JC ihre Ergebnisse aufgrund der besseren Kenntnisse der lokalen Gegebenheiten sowie aktueller Entwicklungen vor Ort realistischer und damit zutreffender planen können als die

---

BLAG Steuerung SGB II. Damit erhalten die Jobcenter die Möglichkeit, die Angebotswerte besser mit ihren strategischen Zielen zu verknüpfen.

Die dezentrale Planung wird durch die BLAG Steuerung begleitet und evaluiert. Etwaige Fehlentwicklungen sollen frühzeitig festgestellt und gegebenenfalls erforderliche Steuerungsmaßnahmen beraten werden. Ein besonderer Schwerpunkt wird auch im Jahr 2014 die Ausrichtung auf die existenzsichernde und nachhaltige Integration von Langzeitleistungsbeziehern und die Vermeidung von Langzeitleistungsbezug sein (vgl. 4.1).

Sowohl die Zielplanung als auch die Zielnachhaltung erfolgen unter Berücksichtigung der neuen Vergleichstypen.

## 2. Zielsystem zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende (§ 48b SGB II)

Die Inhalte dieses Planungsdokuments richten sich an den in § 48b Absatz 3 Satz 1 SGB II genannten Zielen aus:

- Ziel 1: Verringerung der Hilfebedürftigkeit,
- Ziel 2: Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit,
- Ziel 3: Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug.

In Verbindung mit § 48a Absatz 2 SGB II ergibt sich folgendes Zielsystem mit den entsprechenden Kennzahlen und Ergänzungsgrößen. Die Kennzahlen sind maßgeblich für die Zielvereinbarungen. Die Ergänzungsgrößen dienen der ergänzenden Information und der Interpretation der Kennzahlenergebnisse (vgl. § 2 Absatz 1 Satz 3 der Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a SGB II).



**Abbildung 2: Zielsystem mit Kennzahlen und Ergänzungsgrößen**

---

Werden ergänzend zu den genannten Zielen weitere Ziele vereinbart, sollte bei einer über eine qualitative Beschreibung des Ziels hinausgehenden Vereinbarung im Vorfeld eine geeignete Datengrundlage für die Zielvereinbarung und -nachhaltung durch die Vereinbarungspartner bestimmt werden. Soweit diese einen Beitrag zur Erreichung der vereinbarten Ziele bzw. Zielwerte leisten, ist ihre Umsetzung von allen Akteuren zu unterstützen.

---

### 3. Partner im Zielvereinbarungsprozess zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende (§ 48b SGB II)

Partner im Zielvereinbarungsprozess zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende (§ 48b SGB II) sind:

- das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS),
- die zuständigen Landesbehörden,
- die Bundesagentur für Arbeit (BA),
- die kommunalen Träger und
- die JC.

Im Rahmen dieses Planungsdokuments ergeben sich folgende Zielvereinbarungskonstellationen:

Für den Bereich der zugelassenen kommunalen Träger (zkT) schließen

- BMAS mit der zuständigen Landesbehörde und
- die zuständige Landesbehörde mit den zkT die Zielvereinbarung ab.

Für den Bereich der gemeinsamen Einrichtungen (gE) schließen

- BMAS im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen mit BA und
- BA und die kommunalen Träger mit den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der gE die Zielvereinbarung ab.

Für den Zielvereinbarungsprozess im Bereich der gE sind hierbei die Verantwortlichkeiten der Träger BA und Kommune zu beachten. Beide Träger haben für die ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben die Verantwortung für eine rechtmäßige und zweckmäßige Leistungserbringung (§ 44b Absatz 3 SGB II). Dementsprechend können sich die Inhalte dieser Zielvereinbarungen nur auf den jeweiligen Verantwortungsbereich von BA oder kommunalem Träger beziehen.



---

#### 4. Schwerpunkte der SGB II-Steuerung im Jahr 2014

##### 4.1. Bundesweite Schwerpunkte der Steuerung im Jahr 2014

Die existenzsichernde und nachhaltige Integration von Langzeitleistungsbeziehern in den ersten Arbeitsmarkt und die Vermeidung von Langzeitleistungsbezug stellen weiterhin einen Schwerpunkt der Steuerung und der Integrationsarbeit dar. Daher haben Bund, Länder, BA und komSpV vereinbart, dass die Akteure der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf allen Ebenen der Prävention und Beendigung des Langzeitleistungsbezugs weiterhin eine erhöhte Aufmerksamkeit zukommen lassen. Damit wird das übergreifende und gemeinsame politische Bestreben verdeutlicht, ein besonderes Augenmerk auf diejenigen Leistungsberechtigten zu legen, die bereits länger im Leistungsbezug sind oder diesbezüglich ein entsprechendes Risiko aufweisen. Die BLAG Eingliederung hat die Ausgestaltung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für den Personenkreis im Jahr 2013 intensiv diskutiert. Die Ergebnisse der Beratungen sollen in der Broschüre „Handlungsansätze zur Unterstützung und Förderung von Langzeitleistungsbeziehenden im SGB II“ den handelnden Akteuren zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus sind sich Bund, Länder und komSpV einig, dass gerade die Vermeidung und Verringerung von Langzeitleistungsbezug längerfristige Eingliederungsstrategien und entsprechend darauf konzentrierte Ressourcen voraussetzt.

##### 4.2. Schwerpunkte des BMAS in der Steuerung im Jahr 2014

Das BMAS wird - wie schon in den Vorjahren - ein besonderes Gewicht auf die Förderung und Integration von Alleinerziehenden legen. Über eine Aufnahme in die Zielvereinbarungen wird mit den jeweiligen Vereinbarungspartnern verhandelt.

##### 4.3. Ziele und Schwerpunkte in der Steuerung im Jahr 2014 auf Landesebene

In den Zielvereinbarungen zwischen BMAS und den Ländern können landesbezogene Ziele und Schwerpunkte vereinbart werden, soweit diese im Einklang mit dem gesetzlich verankerten Zielsystem, wie unter 2. beschrieben, stehen.

---

## 5. Rahmenbedingungen im Jahr 2014

### 5.1. Konjunkturelle Entwicklung

Die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende stellen sich im Jahr 2014 wie folgt dar.

Die Bundesregierung geht in ihrer Herbstprojektion von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,5 % in diesem Jahr (2013) und von 1,7 % im nächsten Jahr (2014) aus. Das IAB geht von einem ähnlichen Anstieg aus. Es erwartet einen Anstieg des BIP von 0,6 % in diesem und von 1,8 % im kommenden Jahr.

Das weltwirtschaftliche Umfeld ist zwar nach wie vor fragil. Die Wachstumserwartungen für wichtige deutsche Absatzmärkte hellen sich aber auf. Entscheidende Impulse kommen aus der Binnendynamik. Die Bundesregierung erwartet, dass die Verunsicherung der Unternehmen aufgrund der Euroschuldenkrise abklingt und die Investitionen als wichtiger konjunktureller Impuls wirksam werden.

Die gute Verfassung des Arbeitsmarktes lässt Beschäftigung und Einkommen weiter steigen. Die Erwerbstätigkeit erreicht neue Rekordstände. Eine weitere Reduzierung der Arbeitslosigkeit wird zunehmend durch strukturelle Faktoren, wie Qualifikations- und Mobilitätshemmnisse erschwert.

Das IAB prognostiziert für 2014 einen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um 368.000 auf 29.733.000 Beschäftigte (+ 1,3 %) und eine Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 241.000 auf 42.093.000 (+ 0,6 %).

Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wird sich allerdings nicht spürbar auf den Bestand der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) auswirken: Das IAB prognostiziert für 2014 einen Rückgang der eLb um 10.000. Der daraus abgeleitete rechnerische Rückgang an Langzeitleistungsbeziehern (LZB) beträgt rund 4.000. Dies kommt einer Stagnation der Fallzahlen gleich.

Die Arbeitslosigkeit wird nach Schätzung des IAB auf 2,94 Mio. im Jahresdurchschnitt 2013 leicht steigen. Im kommenden Jahr wird sie leicht um 37.000 auf 2,90 Mio. sinken. Die Bundesregierung geht in ihrer Herbstprojektion von 2,949 Mio. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2013 aus. Für 2014 erwartet sie eine etwas niedrigere Senkung um 20.000 auf 2,929 Mio. Arbeitslose.

Der oben genannte Rückgang bei den Arbeitslosen im Jahr 2014 wird nach Einschätzung des IAB voraussichtlich im SGB III höher ausfallen (-32.000) als im SGB II (-5.000). Unabhängig vom Planungsverfahren wird weiterhin angestrebt, die Grundlagen und Methoden der Zielwertplanung sukzessive zu verbessern. Dazu sollen insbesondere die Auswirkungen der Konjunktur auf das SGB II analysiert werden.

---

## 5.2. Haushalt

Nach dem Entwurf der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2014 (Stand: 9. August 2013) ergeben sich folgende Mittelansätze:

Kapitel 11 01 <sup>1)</sup>				
Titel	Zweckbestimmung	Soll 2014 in Mrd. €	Soll 2013 in Mrd. €	Ist 2012 in Mrd. €
632 11	Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung <sup>2)</sup>	3,90	4,70	4,84
681 12	Arbeitslosengeld II <sup>3)</sup>	18,35	18,96	18,95
685 11	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit <sup>4)</sup>	3,90	3,90	3,75
636 13	Verwaltungskosten	4,05	4,05	4,21

<sup>1)</sup>Im Vorjahr mitveranschlagt bei Kapitel 11 12

<sup>2)</sup>jeweiliger durchschnittlicher Beteiligungssatz: 2012 = 36,4%, 2013 = 34,3% und 2014 = 31,5 %

<sup>3)</sup>inkl. Sozialversicherungsbeiträge

<sup>4)</sup>inkl. Haushaltsansätze für die Bundesprogramme Kommunal-Kombi, Bürgerarbeit und Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen, „Perspektive 50plus“

Die Mittelansätze werden im Rahmen des Planungsprozesses und der Zielnachhaltung berücksichtigt.

In Anlage 2 werden die voraussichtlichen Mittelzuteilungen für die Eingliederungs- und Verwaltungsmittel für das Jahr 2014 dargestellt. Dabei handelt es sich um vorläufige Werte, die sich bei der endgültigen Verteilung noch verändern können. Die endgültige Mittelzuteilung wird erst nach der Beschlussfassung des Bundestages über das Haushaltsgesetz 2014 mit der Eingliederungsmittelverordnung für das Jahr 2014 veröffentlicht.

## 5.3. Gesetzliche Änderungen

### Regelbedarfsanpassung

Nach § 20 Absatz 5 Satz 1 SGB II werden die Regelbedarfe nach § 20 Absatz 2 bis 4 sowie nach § 23 Nr. 1 SGB II jeweils zum 1. Januar eines Jahres entsprechend § 28a SGB XII in Verbindung mit der Verordnung nach § 40 Satz 1 Nr. 1 SGB XII angepasst. Die maßgebenden Regelbedarfe im SGB II für das Jahr 2014 wurden am 4. September 2013 im Bundeskabinett entsprechend des Entwurfs der Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2014 - RBSFV 2014 beschlossen. Die Anpassung wird voraussichtlich im November 2013 im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.

---

Die Wirkungen der gesetzlichen Änderungen werden im Planungsprozess und bei der Zielnachhaltung berücksichtigt.

---

## 6. Planungsgrundlagen und -inhalte für das Jahr 2014

### 6.1. Datengrundlagen für die Zielplanung

Den JC werden im passwortgeschützten Steuerungsbereich der Website sgb2.info Prognosen und Daten zu den allgemeinen Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt:

- Prognose des IAB zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in SGB III und SGB II
- Herbstprojektion der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung in 2014
- zu erwartende Zuteilung aus dem Eingliederungstitel des Bundes für das JC
- Prognose der Entwicklung der Langzeitleistungsbezieher allein aus altersstrukturbedingten Gründen
- Kennzahlenergebnisse nach den neuen Vergleichstypen.

Gemäß § 48b Absatz 5 SGB II sind für den Abschluss der Vereinbarungen und die Nachhaltung der Zielerreichung die Daten nach § 51b SGB II und die Kennzahlen nach § 48a Absatz 2 SGB II maßgeblich. Die Planung der quantitativen Zielwerte für die Ziele 2 und 3 erfolgt durch die JC vor Ort.

Grundlage der Zielplanung für das Jahr 2014 sind die Jahresergebnisse 2013. Diese liegen zum Zeitpunkt der Planung noch nicht vor. Daher wird in einem ersten Schritt auf die Daten mit einer Wartezeit von 3 Monaten bis einschließlich Juni 2013 und Daten mit geringerer Wartezeit bis einschließlich September 2013 zurückgegriffen. Die Ergebnisse für die Monate Oktober, November und Dezember 2013 müssen prognostiziert werden. Diese Prognose der Jahresendwerte wird den JC für die Erstellung ihrer Planung 2014 zur Verfügung gestellt. Sobald die Ergebnisse des Monats Oktober ebenfalls vorliegen, wird eine aktualisierte Prognose der Jahresendwerte erstellt und den JC zur Verfügung gestellt.

### 6.2. Lokale Planung

Die lokale Planung der JC für die Ziele 2 und 3 wird mittels des gemeinsamen Leitfadens für die dezentrale Planung strukturiert, siehe Anlage 3. Der Leitfaden beinhaltet eine einheitliche Gliederung sowie strategische Leitfragen und exemplarische Einzelfragen, die von den Steuerungsbeteiligten entsprechend der jeweiligen Vorstellungen ergänzt bzw. modifiziert werden können. Im Bereich der gemeinsamen Einrichtungen erfolgt die lokale Planung unter Einbeziehung des kommunalen Trägers und unter Beachtung der jeweiligen Trägerverantwortung.

---

### 6.3. Inhalte der Vereinbarung

Bei der Ermittlung der Angebotswerte zu Ziel 2 und 3 sollen die zukünftigen ökonomischen und strukturellen Rahmenbedingungen für die Zielerreichung im SGB II berücksichtigt werden. Die BLAG Steuerung SGB II erwartet, dass sich bundesweit die konjunkturellen Rahmendaten nicht signifikant gegenüber 2013 verändern werden. Das voraussichtlich zu erreichende Jahresendniveau der Zielindikatoren 2013 sollte deshalb auf Bundesebene grundsätzlich auch im Jahr 2014 erreichbar sein. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass die verstärkten Investitionen in Weiterbildung in Integrationen münden werden.

#### 6.3.1. Ziel 1: Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt

Inhalt der Vereinbarung zu Ziel 1 ist es, die Kennzahl „Veränderung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt“ in ihrem Verlauf im Rahmen eines qualitativ hochwertigen Monitorings zu beobachten und ggf. mit der prognostizierten Entwicklung zu vergleichen.

#### 6.3.2. Ziel 2: Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit

Für das Ziel 2 wird ein Zielwert vereinbart, der die Veränderungsrate der Kennzahl des Steuerungsziels beschreibt. Der Zielwert für Ziel 2 stellt somit die angestrebte prozentuale Veränderung der Integrationsquote bis zum Monat Dezember 2014 (im JFW) im Vergleich zur Integrationsquote bis zum Dezember 2013 (ebenfalls im JFW) dar.

$$\text{Veränderung der Integrationsquote in \%} = \left[ \frac{\text{Integrationsquote 2014 (Jan. 2014 bis Dez. 2014)}}{\text{Integrationsquote 2013 (Jan. 2013 bis Dez. 2013)}} \right] - 1$$

#### 6.3.3. Ziel 3: Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug

Für Ziel 3 beinhaltet der Zielwert die angestrebte prozentuale Veränderung des durchschnittlichen Bestandes an LZB in 2014 im Vergleich zu 2013.

$$\text{Veränderung des } \emptyset \text{Bestandes an LZB in \%} = \left[ \frac{\emptyset \text{ Bestand an LZB 2014 (Jan. 2014 bis Dez. 2014)}}{\emptyset \text{ Bestand an LZB 2013 (Jan. 2013 bis Dez. 2013)}} \right] - 1$$

### 6.4. Aufsetzpunkte und (unterjährige) Zielnachhaltung 2014

Die Veränderungsrate für die Ziele 2 und 3 wird auf Basis des Jahresergebnisses 2013 ermittelt und wahlweise auf die Daten mit einer Wartezeit von 0 bis 3 Monaten aufgesetzt. Um Konsistenz der Datengrundlagen im Hinblick auf die Wartezeit zu gewährleisten, müssen deshalb in

---

der Konsequenz auch die unterjährige Zielnachhaltung sowie die Betrachtung des Jahresabschlusses auf den Daten der Wartezeiten 0 bis 3 Monate im Vergleich zum Vorjahr mit gleicher Wartezeit erfolgen.<sup>1</sup>

Die Festlegung auf der Datengrundlage für die Zielnachhaltung erfolgt in der Zielvereinbarung. Dabei präferiert das BMAS eine Zielnachhaltung mit Daten ohne Wartezeit, analysiert diese Daten und stellt die Analysen den Ländern zur Verfügung.

Als Basis der Planung und Nachhaltung der Kennzahlen wurde im „Gemeinsamen Grundlagenpapier“ die Nutzung von Jahresfortschrittswerten (JFW) vereinbart. Dies dient auch dazu, Werte zur Verfügung zu stellen, welche nur Zeiträume abbilden, die von der Zielvereinbarung umfasst werden. Detaillierte Beschreibungen der Steuerungsmethodiken zu den drei Zielen sind dem „Gemeinsamen Grundlagenpapier“ unter Punkt 2. zu entnehmen.

#### 6.4.1. Ziel 2: Jahresfortschrittswert der Integrationsquote

Für die Integrationsquote berechnet sich der JFW als Verhältnis der Summe der Integrationen vom Jahresbeginn bis zum Bezugsmonat zum durchschnittlichen Bestand der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) vom Dezember des Vorjahres (VJ) bis zum Vormonat des Bezugsmonats (analog der Definition der Kennzahl Integrationsquote nach § 5 Absatz 1 der Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a SGB II).

$$\text{Integrationsquote (JFW) in \%} = \frac{\sum \text{ der Integrationen (Januar bis Bezugsmonat)}}{\text{Ø Bestand an eLb (Dezember VJ bis Vormonat des Bezugsmonats)}}$$

#### 6.4.2. Ziel 3: Jahresfortschrittswert für den Bestand an Langzeitleistungsbeziehern

Für die Berechnung des JFW für den Bestand an Langzeitleistungsbeziehern (LZB) wird der durchschnittliche Bestand an LZB seit Jahresbeginn bis zum aktuellen Bezugsmonat (JDW) ermittelt. Der JFW stellt im Ziel 3 somit den durchschnittlichen Bestand an LZB im Jahresverlauf dar.

$$\text{Bestand an LZB (JDW)} = \text{Ø Bestand an LZB (Januar bis Bezugsmonat)}$$

---

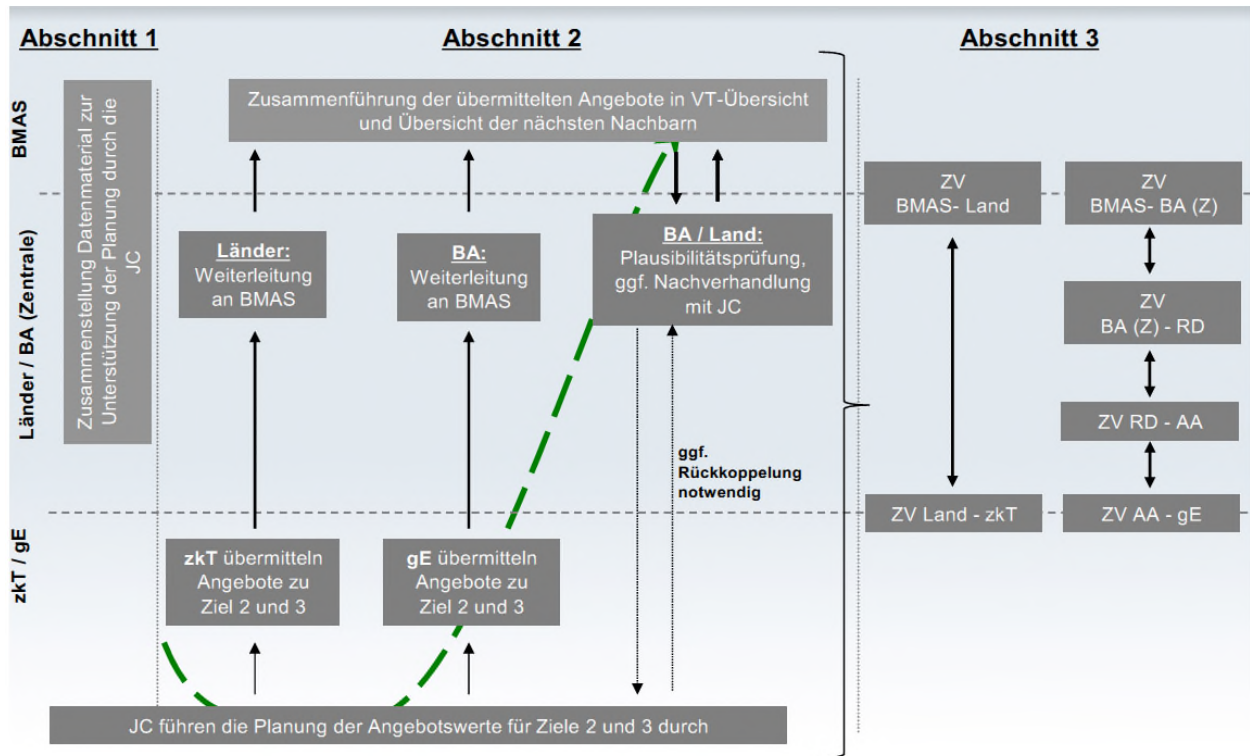
<sup>1</sup>Beispiel 1: Erfolgt eine Vereinbarung auf der Datenbasis mit Werten ausschließlich mit einer Wartezeit von 3 Monaten, erfolgen die unterjährige Zielnachhaltung sowie der Jahresabschluss ebenfalls auf der Datengrundlage für sämtliche Monate mit einer Wartezeit von 3 Monaten.

Beispiel 2: Erfolgt die Vereinbarung bezogen auf das Jahresergebnis für 2013 mit den Monatswerten Januar bis September mit einer Wartezeit von 3 Monaten, Oktober (2 Monate Wartezeit), November (1 Monat Wartezeit) und Dezember (ohne Wartezeit), wird der Jahresabschluss auf die Datengrundlage mit gleichen Wartezeiten aufgesetzt. Für die unterjährige Zielnachhaltung bedeutet dies beispielsweise im Bezugsmonat August den Jahresfortschrittswert aus den Monaten Januar bis Mai mit einer Wartezeit von 3 Monaten, für Juni mit einer Wartezeit von 2 Monaten, für Juli mit einer Wartezeit von 1 Monat sowie für August ohne Wartezeit zu bilden und mit dem Jahresfortschritt des Vorjahres mit den jeweils gleichen Wartezeiten unter Berücksichtigung der vereinbarten Veränderungsrate zu vergleichen.

## 7. Ablauf sowie Zeitplan des Zielvereinbarungsprozesses für das Jahr 2014

### 7.1. Ablauf dezentrale Planung

Das Planungsverfahren ist für die Ziele „Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit“ und „Vermeidung von Langzeitleistungsbezug“ in drei Abschnitte gegliedert.



**Abbildung 3: Ablauf Planungsverfahren dezentrale Planung**

Für Ziel 2 und 3 erfolgt die Planung der Angebotswerte im dezentralen Verfahren durch die JC. Nach Datenaufbereitung nehmen die JC ihre Planung vor und übergeben ihre Angebotswerte für die Ziele 2 und 3 den Ländern (für die zKT) bzw. der BA-Zentrale (für die gE), die diese an das BMAS weiterleiten. Die übermittelten Angebote werden durch das BMAS in einer nach VT und den nächsten Nachbarn gegliederten Übersicht zusammengefasst und den Ländern sowie der BA übersandt. Ist das Angebot des JC plausibel, ist dieses Angebot zu vereinbaren. Andernfalls nehmen die Zielvereinbarungspartner Verhandlungen auf.

Das BMAS wird seinen Zielvereinbarungspartnern die Erwartungen der Zielvereinbarung betreffend auf Landes- bzw. BA-Ebene mitteilen. Im Anschluss werden die jeweiligen Erwartungen verhandelt und die Zielvereinbarungen geschlossen.



---

## 7.2. Zeitplanung

Mit dem Versand dieses Dokuments beginnt der Zielplanungs- und Zielvereinbarungsprozess. Vom BMAS wird der Abschluss der Zielvereinbarungen mit der BA und den Ländern bis Ende Januar 2014 angestrebt. Die Umsetzung der dezentralen Planung für die Ziele 2 und 3 setzt voraus, dass die Angebotswerte der JC bis zum 5. Dezember 2013 an das BMAS übermittelt werden. Folgender Zeitplan für die dezentrale Planung wurde vereinbart:

Zeitpunkt	Ziel 2 und Ziel 3
7. November 2013	→ Bekanntgabe gemeinsames Planungsdokument und Beginn der dezentralen Planungsphase in den JC
5. Dezember 2013	→ Ende der dezentralen Planungsphase in den JC → Abgabefrist der Angebotswerte der JC bei BA/Ländern → Übermittlung der Angebotswerte der JC durch Länder/BA an das BMAS
ab 6. Dezember 2013	→ Bekanntgabe der übermittelten Angebotswerte der JC durch das BMAS → Beginn der Nachverhandlungsfrist
ab 2. Januar 2014	→ Übermittlung der aggregierten Zielwerte durch Länder/BA an das BMAS → Abschluss der Zielvereinbarung BMAS-Länder und BMAS-BA

**Bund-Länder-Ausschuss nach § 18c SGB II:**

**Gemeinsame Grundlagen der Zielsteuerung SGB II**

**Grundprinzipien, Steuerungsmethodik und Verfahren**

**Hannover, den 13. Juli 2011**

<b>1.</b>	<b>Vorüberlegungen .....</b>	<b>3</b>
<b>1.1</b>	<b>Einheit in der Vielfalt .....</b>	<b>3</b>
<b>1.2</b>	<b>Prinzipien.....</b>	<b>3</b>
<b>1.3</b>	<b>Umsetzung in der Zielplanung .....</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Grundlage der Zielsteuerung: Kennzahlenvergleich, Monitoring und Zielwertplanung .....</b>	<b>5</b>
<b>2.1</b>	<b>Ziel 1 „Verringerung der Hilfebedürftigkeit“ .....</b>	<b>5</b>
<b>2.2</b>	<b>Ziel 2 „Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit“ .....</b>	<b>6</b>
<b>2.3</b>	<b>Ziel 3 „Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug“ .....</b>	<b>7</b>
<b>3.</b>	<b>Konzept für das qualitativ hochwertige Monitoring .....</b>	<b>8</b>
<b>4.</b>	<b>Zielwertfindung am Beispiel von Ziel 2 .....</b>	<b>9</b>
<b>4.1.</b>	<b>Planungsgrundlage .....</b>	<b>10</b>
<b>4.2</b>	<b>Methode der Berechnung der Zielwerterwartung (Referenzrahmen) .....</b>	<b>10</b>
<b>4.3</b>	<b>Planungsablauf .....</b>	<b>11</b>
	<b>Abschnitt 1.....</b>	<b>12</b>
	<b>Abschnitt 2.....</b>	<b>14</b>
	<b>Abschnitt 3.....</b>	<b>14</b>
<b>5.</b>	<b>Grundlagen der Zielnachhaltung.....</b>	<b>14</b>

## 1. Vorüberlegungen

### 1.1 Einheit in der Vielfalt

Mit dem „Gesetz zur Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ verankert der Gesetzgeber dauerhaft zwei unterschiedliche Organisationsmodelle und Aufsichtsstrukturen. Zugleich hat er seinem Willen Ausdruck verliehen, dass die Leistungsfähigkeit des Systems im Sinne der Betroffenen durch einen öffentlichen Kennzahlenvergleich und eine möglichst einheitliche Zielsteuerung ständig verbessert wird.

Die bisherigen Erfahrungen der Akteure mit der Umsetzung des SGB II sind äußerst wertvoll, sowohl die lokalen Ansätze der Steuerung in den zugelassenen kommunalen Trägern (zKT) und ihr überregionales Benchmarking als auch die stringent konzipierte Zielsteuerung in der Bundesagentur für Arbeit (BA), die auf Zielvereinbarungen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) fußt.

Das zukünftige Verfahren der Zielplanung und -steuerung im SGB II muss einerseits die institutionellen Unterschiede zwischen den Jobcentern (JC) berücksichtigen, andererseits die Vergleichbarkeit der Leistungsfähigkeit durch die SGB II-Kennzahlen fördern und die Wirksamkeit der Zielsteuerung insgesamt wahren.

### 1.2 Prinzipien

Für ein derart komplexes Gebilde ist eine stärkere Verlagerung von administrativer Steuerung auf bessere Leistungsanreize unausweichlich, bei gleichzeitiger Ausweitung lokaler Handlungsspielräume. Die Selbststeuerungsfähigkeit der Akteure ist weiter zu stärken. Die Akteure sollten sich vorab anspruchsvolle und zugleich realistische Ziele setzen. Die systematische Nutzung des Kennzahlenvergleichs, eine angemessene Zielplanung und eine etwaige Verknüpfung von Zielen und Budgets werden hier allesamt eine Rolle spielen.

Wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit der Steuerung ist die Akzeptanz des Verfahrens bei den Akteuren. Die Zielplanung muss transparent und fair erfolgen und den lokalen Akteuren eine substanzielle Mitwirkungsmöglichkeit eröffnen, da sie zum Schluss in eine bindende *Zielvereinbarung* mündet. Setzt die Zielplanung zudem noch Anreize, sich ambitionierte Ziele zu geben und diese zu vereinbaren, schafft sie die Grundlage für *gute Steuerung* als Teil einer *good governance* im SGB II. Die Zielnachhaltung soll im Sinne einer „Kultur des Lernens“ organisiert werden, welche die Erfahrungen der Akteure vor Ort ausreichend berücksichtigt. Erkennen die Handelnden vor Ort den Nutzen für ihre eigene Arbeit, wird die Verankerung dieser Form der Steuerung weitere Fortschritte machen.

Das neue Verfahren der Zielplanung (und Zielnachhaltung) muss möglichst leicht nachzuvollziehen und zu handhaben sein. Die Zielerreichung muss zugleich für die lokalen Akteure maßgeblich zu beeinflussen sein. Dazu trägt die Beschränkung auf wesentliche Steuerungsziele und wenige Kennzahlen sowie der teilweise Verzicht auf ex ante-Zielwerte und die systematische Nutzung des Kennzahlenvergleichs bei. Eingedenk begrenzter Ressourcen wird eine Steuerung benötigt, die mit einem vertretbaren Aufwand funktioniert.

Nach § 48b Abs. 1 Satz 2 SGB II sollen die Zielvereinbarungen im SGB II alle Leistungen des SGB II umfassen. Die nachfolgenden Empfehlungen zur Umsetzung einer einheitlichen Zielsteuerung umfassen zunächst vorrangig die Zielplanung, Zielvereinbarung und Zielnachhaltung für die Ziele nach § 48b Abs. 3 SGB II. Die Beteiligten werden weiter daran arbeiten zukünftig auch ein Verfahren zu Vereinbarungen über die kommunalen Leistungen zu implementieren. Ein weiterer Aspekt wird die Berücksichtigung der zwischen Ländern und BMAS gemäß § 18b SGB II vereinbarten Ziele und Schwerpunkte der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik in der Grundsicherung in der Zielvereinbarung mit der BA sein, soweit diese mit den Steuerungszielen nach § 48b Abs. 3 SGB II im Einklang stehen.

### **1.3 Umsetzung in der Zielplanung**

Für die Umsetzung der Zielplanung für die drei Steuerungsziele des SGB II erfüllt - insbesondere in der Erprobungsphase - ein **gemischtes System der Zielsteuerung** die genannten Prinzipien besser als ein einheitliches Verfahren für alle Ziele. Ziele benötigen jeweils angemessene Verfahren ihrer Umsetzung, da Anreizstärke, Akzeptanz und Handhabbarkeit je nach Zielindikator eine andere Zielplanung erfordern.

Die Umsetzung einer angemessenen Zielplanung und Analyse der Zielerreichung wird durch die systematische Nutzung der SGB II-Vergleichstypen unterstützt. Die derzeitigen Vergleichstypen wurden anhand des Zielkriteriums der Integrationsquote bestimmt. Um einem mehrdimensionalen Zielsteuerungssystem und den Problemstellungen des SGB II stärker gerecht zu werden, werden die Vergleichstypen – beginnend im vierten Quartal 2011 unter Beteiligung der Länder und der kommunalen Spitzenverbände einer grundsätzlichen Revision unterzogen. Die Ergebnisse der Neukonzeption sollen dann als Basis für die Planung des Jahres 2013 dienen.

## **2. Grundlage der Zielsteuerung: Kennzahlenvergleich, Monitoring und Zielwertplanung**

Die Kennzahlen sind die Grundlage für die Zielsteuerung. Kennzahlen ermöglichen einen Vergleich der Kennzahl zum Vorjahr und einen Vergleich der Kennzahl zu den JC innerhalb des SGB II-Typs auf Basis monatlich aktualisierter Daten. Kennzahlen bilden die Grundlage für die Zielsteuerungsdialoge zwischen BMAS und Land / BMAS und BA sowie alle weiteren Zielerreichungsdialoge in den nachfolgenden Ebenen. Durch den Vorjahresvergleich und Vergleich im SGB II-Typ (Monitoring) wird zum einen die zeitliche Entwicklung der Leistungsfähigkeit der JC bewertet und zum anderen werden durch den Vergleich mit ähnlichen JC Wettbewerbs- und Lernanreize gesetzt.

Um die Kennzahlen besser für die unterjährige Steuerung nutzen zu können, ist die Darstellung der SGB II-Kennzahlen um Jahresfortschrittswerte zu erweitern. Darüber hinaus sind die Ergänzungsgrößen für die Analyse zu verwenden. Die so gewonnenen Erkenntnisse sind die Grundlage möglicher Entscheidungen zu Steuerungskonsequenzen.

Die Steuerung muss nicht notwendigerweise über die vorherige Vereinbarung eines quantitativen Zielwerts erfolgen. § 48b SGB II legt sinngemäß fest, dass die Steuerungsziele des SGB II in Vereinbarungen zwischen den Akteuren umzusetzen sind. Das „wie“ wird dabei nicht weiter festgelegt. Entsprechend ist eine Umsetzung der Steuerung auch durch die Vereinbarung eines unterjährigen Monitorings möglich.

### **2.1 Ziel 1 „Verringerung der Hilfebedürftigkeit“**

Für das Ziel 1 wird auf eine quantitative Zielwertfestlegung verzichtet. Stattdessen wird in der Zielvereinbarung auf das Steuerungsziel (Verringerung der Hilfebedürftigkeit) Bezug genommen und das Verfahren eines qualitativ hochwertigen Monitorings angewandt (vgl. Ziffer 3).

Die Entwicklung der Kennzahl „Veränderung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt“ wird auf Bundes-, Landes- und Jobcenterebene beobachtet. Entsprechendes gilt für die Ergänzungsgrößen.

Die Zielformulierung für die Vereinbarung zwischen BMAS und einem Land könnte lauten:

„Ziel ist es, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten, damit die Hilfebedürftigkeit insgesamt verringert wird. Dafür wird im Vergleich zum Vorjahr die Entwicklung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt beobachtet.“

## 2.2 Ziel 2 „Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit“

Für das Ziel 2 wird die Bildung eines Zielwerts (Basissteigerung) mit ergänzendem Bandbreitenziel für die Veränderung der Integrationsquote vorgeschlagen, begleitet von einem qualitativ hochwertigen Monitoring (vgl. Ziffer 3).

Die Zielsteuerung sollte geeignet sein, die Leistungsunterschiede zwischen den JC unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Rahmenbedingungen allmählich zu verringern und gleichzeitig das allgemeine Leistungsniveau dauerhaft zu steigern. Ein Zielwert für die Veränderung der Integrationsquote, kombiniert mit einem relativen Bandbreitenziel, erscheint hier ein geeigneter Ansatz. Nach Möglichkeit sollte dabei ein einheitliches Verfahren für alle JC angestrebt werden, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Die im Planungsprozess durch die Jobcenter angebotenen Werte werden von den jeweils zuständigen Steuerungsakteuren anhand von Referenzrahmen (Korridoren zur Zielwerterwartung auf Basis einer am SGB II-Typ orientierten Berechnungsgrundlage), die in einem transparenten und nachvollziehbaren Verfahren gemeinsam mit den Ländern, kommunalen Spitzenverbänden und der BA erarbeitet werden, nachvollzogen. Die Konkretisierung des Verfahrens und die Erarbeitung der Referenzwertmethodik erfolgt im dritten Quartal des Jahres 2011 und wird nach Abschluss vom Bund-Länder-Ausschuss SGB II beschlossen.

Ein Beispiel für eine Berechnung der Zielwerterwartung (Referenzwert) könnte sein:

„Es wird eine Leistungsverbesserung von jedem Jobcenter erwartet, die 3% des Medians der Integrationsquote im SGB II-Typ X entspricht. Dabei muss der Abstand zum Median für alle JC, welche Werte über dem Median erreichen, mindestens gehalten werden. Alle JC, die Werte unterhalb des Medians erreichen, sollen ihren Abstand zum Median um Y % verringern.“

Diese Berechnungsmethode wird dann innerhalb eines jeden SGB II-Vergleichstyps angewandt. Somit wird für jedes JC ein individueller Referenzwert ermittelt, der um einen Korridor ergänzt wird. (vgl. Ziffer 4.3, Abschnitt 1)

Beispiel (zkT - Land - BMAS):

Auf der Ebene des JC (zkT) ergibt sich aus der Planung vor Ort und aus dem darauffolgenden Verhandlungsprozess ein zu vereinbarendes Zielwert einer Steigerung der Integrationsquote z.B. von 1,5% für das kommende Jahr. Die Zielformulierung auf Ebene des Jobcenters würde dann lauten:

„Ziel ist es, Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu überwinden. Dies soll vor allem durch die Erhöhung des Anteils von Integration in eine Erwerbstätigkeit erfolgen. Zielindikator für dieses Ziel ist die Integrationsquote. Das Ziel ist erreicht, wenn die Integrationsquote des JC x sich im Jahr XXXX um 1,5 % im Vergleich zum Vorjahr erhöht.“

Auf Ebene des Landes ergibt sich durch die Addition der in den Angeboten der zKT des Landes ersichtlichen Integrationen (Zähler) und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Nenner) ein mit dem BMAS zu vereinbarendes Wert für die Steigerung der Integrationsquote von z.B. 2,5 % für das kommende Jahr. Die Formulierung in der Zielvereinbarung zwischen Land und BMAS würde dann lauten:

„Ziel ist es, die Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu überwinden. Dies soll vor allem durch die Erhöhung des Anteils von Integrationen in Erwerbstätigkeit erfolgen. Zielindikator für dieses Ziel ist die Integrationsquote. Das Ziel ist erreicht, wenn sich die Integrationsquote der zKT des Landes A um insgesamt 2,5 % im Vergleich zum Vorjahr erhöht.“

In den Zielsteuerungsdialogen z.B. zwischen BMAS und dem Land wird die Veränderung der über die zKT im Land aufsummierten Integrationsquote analysiert und anhand des Jahresfortschrittwertes geprüft, ob der vereinbarte Zielwert erreicht werden kann. Zusätzlich werden im Rahmen des Monitorings die Ist/Ist-Entwicklung der Kennzahl und aller Ergänzungsgrößen sowie die Integrationsquoten der zKT im Land im Vergleich zu den anderen JC im SGB II-Vergleichstyp thematisiert und qualitativ bewertet.

### **2.3 Ziel 3 „Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug“**

Für das Ziel 3 wird die **Bildung eines Zielwerts** für die Veränderung des Bestands an Langzeitleistungsbeziehern vorgeschlagen, begleitet von einem qualitativ hochwertigen Monitoring. Somit wird hier abweichend vom Vorgehen in Ziel 2 nur eine Basissteigerung für die Berechnung der Referenzwerte angenommen. Die mit der Referenzwertberechnung verknüpfte Leistungserwartung beinhaltet damit kein ergänzendes relatives Bandbreitenziel.

Die Grundlage für die Steuerung von Ziel 3 bildet ein Monitoring der Kennzahl und aller Ergänzungsgrößen in der zeitlichen Entwicklung und im Vergleich zu anderen JC in den jeweiligen Vergleichstypen. Ebenso wie im Ziel 2 werden die von den JC im Rahmen der Planung angebotenen Veränderungsraten für den Bestand an Langzeitleistungsbeziehern im Folgejahr anhand von Referenzrahmen (Korridoren zur Zielwerterwartung auf Basis einer am SGB II-Vergleichstyp orientierten Berechnungsgrundlage) nachvollzogen. Auch bei diesem Ziel werden die Referenzrahmen in einem transparenten und gemeinsam mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden und der BA erarbeiteten Verfahren ermittelt.



Sollte sich dieses Verfahren der Zielplanung bewähren, wäre für zukünftige Zielvereinbarungen bei diesem Ziel eine Verknüpfung der Zielwertplanung mit einer gesonderten Verteilung von Teilbudgets zu prüfen.

Zielindikator für Ziel 3 ist die „Veränderung des Bestands an Langzeitleistungsbeziehern“. Der Indikator soll das Handeln der JC (Aktivierung und Integration) auf Personen mit einem höheren Verbleibsrisiko ausrichten. Dies gilt für Leistungsbezieher zu jedem Bezugsdauerzeitpunkt.

Eine Zielformulierung für die Vereinbarung zwischen BMAS und einem Land könnte lauten:

„Ziel ist es, ein besonderes Augenmerk auf diejenigen Leistungsberechtigten zu legen, die bereits länger im Leistungsbezug sind oder diesbezüglich ein entsprechendes Risiko aufweisen. Damit soll ein Beitrag zum generellen Ziel des SGB II geleistet werden, die Dauer des Hilfebezugs zu verkürzen und die sozialen Teilhabechancen sowie die Beschäftigungsfähigkeit auch für marktbenachteiligte Leistungsberechtigte zu verbessern. Das Ziel ist im Jahr 2012 erreicht, wenn der durchschnittliche Bestand an Langzeitleistungsbeziehern der zKT des Landes A gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 5 Prozent sinkt.“

Auch bei diesem Indikator wird in den Zielsteuerungsdialogen z.B. zwischen BMAS und dem Land die Veränderung der über die zKT im Land aufsummierte Summe des Bestandes an Langzeitleistungsbeziehern analysiert und anhand eines Jahresdurchschnittswertes geprüft, ob die vereinbarte Entwicklung des Bestandes an Langzeitleistungsbeziehern erreicht werden kann. Zusätzlich wird auch hier im Rahmen des Monitorings die Ist/Ist-Entwicklung der Kennzahl und aller Ergänzungsgrößen sowie die Veränderungsrate des Bestandes an Langzeitleistungsbeziehern in den zKT im Land im Vergleich zu den anderen JC im SGB II-Typ der zKT des Landes thematisiert und qualitativ bewertet.

### **3. Konzept für das qualitativ hochwertige Monitoring**

Monitoring ist die Beobachtung der Kennzahl und der Ergänzungsgrößen in ihrem zeitlichen Verlauf bezogen auf den jeweiligen SGB II-Typ. Ein solches Monitoring erfordert eine stärkere Ausrichtung auf die Ursachenanalyse und einen Steuerungsdialog auf Augenhöhe.

Für die Beobachtung und Analyse bieten sich folgende Vergleiche an:

- zum Vorjahr und zur prognostizierten Entwicklung, jeweils auf Bundes-, Landes- und Jobcenterebene,

- zum Vorjahr, des erreichten Ist-Wertes und der Abweichungen zur prognostizierten Entwicklung innerhalb des SGB II-Vergleichstyps (Benchmarking),
- soweit erwünscht ergänzt durch Vergleiche aller JC im jeweiligen Bundesland, unabhängig von der Organisationsform.

Eine Untersuchung der Ursachen sollte u.a. berücksichtigen:

- Einflüsse und Wechselwirkungen zwischen den Kennzahlen und den Ergänzungsgrößen
- die konjunkturelle Entwicklung (aktuelle Entwicklung, Prognosen, soweit vorliegend)
- regionale Entwicklungen und Strukturunterschiede (Auswirkungen erkennbarer Trends, z.B. demografische Entwicklung und Entwicklung der Hilfebedürftigkeit)
- arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen
- die Struktur der Leistungsberechtigten
- spezifische Problemgruppen (z.B. Alleinerziehende)
- besondere Strategien, Prozesse und Maßnahmen in den JC
- Effektivität der Leistungserbringung durch die einzelnen JC

Im Einzelnen wäre zu klären, ob der Vergleich mit dem Vorjahr, mit dem SGB II-Vergleichstyp oder beides zusammen die jeweils geeignete Form wäre.

Sich ergebende Entwicklungsunterschiede zwischen JC in einem Vergleichstyp mit ähnlicher Arbeitsmarktsituation sollten im Hinblick auf spezielle regionale Entwicklungen und Strukturunterschiede (sowohl wirtschaftliche Strukturunterschiede als auch Unterschiede in der Struktur des Bestands der Leistungsberechtigten) untersucht werden.

Die gewählten Auswertungen für das Monitoring und Untersuchungsgegenstände der Ursachenanalyse ergänzen sich und ergeben in der Gesamtschau ein umfassendes Bild zum Leistungsstand des einzelnen JC, das Grundlage der weiteren Steuerung wäre.

#### **4. Zielwertfindung am Beispiel von Ziel 2**

Die Konkretisierung des Verfahrens erfolgt im dritten Quartal des Jahres 2011. Im Folgenden wird beispielhaft eine Methode zur Bildung eines Referenzwertes, der eine Basissteigerung ergänzt um ein Bandbreitenziel für den jeweiligen SGB II-Typ enthält, beschrieben. Diese Methode könnte wie unter 2.2 beschrieben für das Ziel 2 („Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit“) angewandt werden. Das beschriebene Verfahren könnte ebenfalls für das

Ziel 3 angewandt werden, nur dass dabei auf ein ergänzendes Bandbreitenziel verzichtet wird (siehe Ziffer 2.3).

#### **4.1. Planungsgrundlage**

Grundlage für Zielplanung und -nachhaltung ist die im Kennzahlenvergleich enthaltene Integrationsquote. Die im Kennzahlenvergleich aufbereiteten Daten umfassen die Summe der Integrationen der letzten 12 Monate als Anteil am durchschnittlichen Bestand von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb); dadurch ist der Indikator relativ träge. Sinnvoller ist die Darstellung eines Jahresfortschrittwertes (JFW). Dieser umfasst die Summe der Integrationen von Jahresanfang bis zum aktuellen Berichtmonat im Verhältnis zum durchschnittlichen Bestand an eLb vom Jahresbeginn bis zum Vormonat. Die Integrationsquote baut sich damit über das Jahr kontinuierlich auf. Für das Vorjahr würde die Kennzahl ebenso aufbereitet, um einen sinnvollen Vorjahresvergleich zu ermöglichen.

#### **4.2 Methode der Berechnung der Zielwerterwartung (Referenzrahmen)**

Mit der im Referenzwert enthaltenen Basissteigerung für den SGB II-Typ wird eine Niveauverbesserung des gesamten Typs angestrebt. Ein zusätzliches Bandbreitenziel erlaubt gleichzeitig eine Verringerung der Spannweite der Ergebnisse der JC innerhalb des Typs. Sowohl die festgelegte Basissteigerung als auch das relative Bandbreitenziel sollen sich dabei an einem Wert orientieren, der mit der Entwicklung des SGB II-Vergleichstyps im Wesentlichen gleichläuft, z.B. dem Median des SGB II-Vergleichstyps. Der Median ist der Zentralwert, d.h. es liegen immer genau so viele Werte (und damit hier JC) über wie unter dem Median. Er wird nicht so stark von asymmetrischen Extremwerten am oberen oder unteren Rand beeinflusst wie das arithmetische Mittel.

Die Berechnung des individuellen Referenzwertes für die einzelnen JC eines SGB II - Vergleichstyps erfolgt damit in zwei Schritten:

1. wird der Median um die mit den Akteuren vereinbarte Veränderungsrate (z.B. +3 %) erhöht; daraus ergibt sich für alle JC im SGB II-Typ eine gleichbleibende Veränderung in Prozentpunkten, um welche die im Vorjahr voraussichtlich erreichten Integrationsquoten für alle JC nach oben verschoben werden,
2. wird die erforderlichen Steigerung zur Annäherung an den Median für alle JC, die Ergebnisse unterhalb des Medians erzielen, berechnet.

Die gleichförmige Erhöhung für die JC sollte in %-Punkten erfolgen, da sonst die JC mit überdurchschnittlichen Ergebnissen auch überdurchschnittliche Veränderungsraten erbringen müssen, wodurch die Spannweite innerhalb des SGB II-Vergleichstyps ggf. nicht verringert würde.

Die Beschreibung der Berechnung des Referenzwertes sähe dann wie folgt aus:

Der Anteil von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, welche in eine Erwerbstätigkeit integriert werden, soll im Jahr 2012 gesteigert werden. Dafür soll sich der Median der Integrationsquote im SGB II-Vergleichstyp X um Y % erhöhen. Gleichzeitig muss der Abstand zum Median für alle JC, welche Werte oberhalb des Medians erreichen, mindestens gehalten werden. Zusätzlich sollen alle JC, die Werte unterhalb des Medians erreichen, ihren Abstand zum Median um (Y + Z) % verringern.

Die Referenzwerte werden innerhalb der SGB II-Vergleichstypen errechnet, d.h. für die JC des SGB II-Vergleichstyps X wird der voraussichtliche Wert der Integrationsquote am Jahresende und damit die erreichte Position innerhalb des SGB II-Vergleichstyps ermittelt („über Median“, „auf dem Median“, unter dem Median“). Aus dieser Position ergibt sich die anzuwendende Berechnung (nur Basissteigerung oder Basissteigerung + relatives Bandbreitenziel).

Der SGB II-Vergleichstyp ist damit lediglich der Rahmen für die Berechnung des Referenzwertes des jeweiligen JC. Die weiteren Prozesse der Zielwertfindung und Zielvereinbarung laufen dann unabhängig von der aktuellen Entwicklung im SGB II-Vergleichstyp.

Die individuellen Referenzwerte der JC des Landes werden dann zu einem individuellen Referenzwert des Landes addiert.

Dabei fließen z.B. in den Wert auf Landesebene die Werte der zKT des Landes mit ihrem jeweiligen Gewicht ein. Für die Integrationsquote, welche den Anteil der integrierten eLb an allen eLb abbildet, werden die Summen der beiden Bestandteile z. B. auf Landesebene addiert und dann die Quote gebildet.

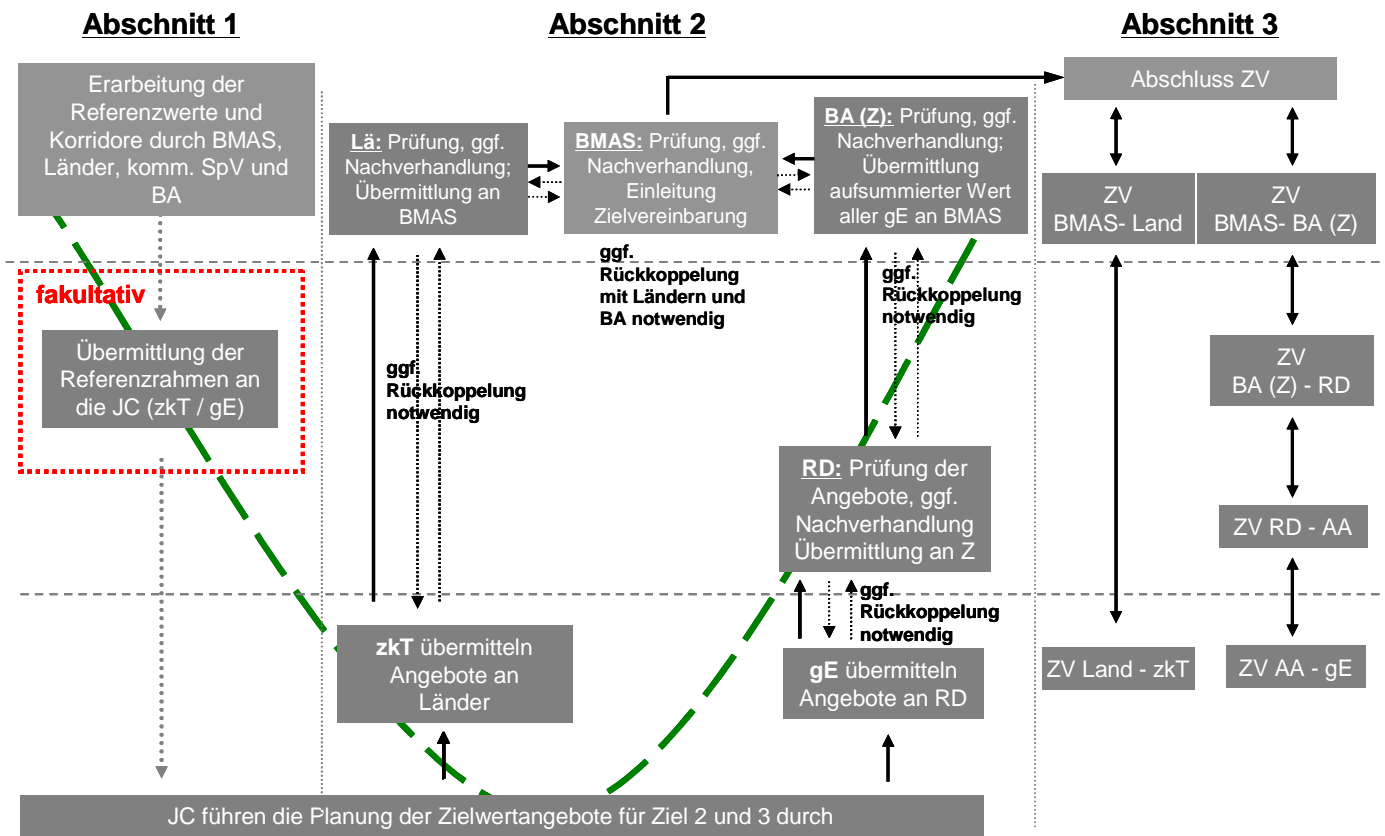
Beispiel:

	Summe Integrationen für 12 Monate	Summe Ø Bestände an eLb für 12 Monate	Integrations- quote
zKT 1	3.500	13.500	25,9
zKT 2	1.980	4.850	40,8
zKT 3	2.500	23.750	10,5
<b>Land A</b>	<b>7.980</b>	<b>42.100</b>	<b>19,0</b>

### 4.3 Planungsablauf

Auch der Planungsablauf wird exemplarisch für das Ziel 2 vorgestellt. Er kann aber ebenso auf die Zielplanung im Ziel 3 angewendet werden.

Das Planungsverfahren ist in drei Abschnitte gegliedert. Für Abschnitt 1 (konkret: Übermittlung der Referenzrahmen an die JC) ist es den Ländern und der BA freigestellt, ob sie diesen umsetzen. Die Abschnitte 2 und 3 sind obligatorisch zu durchlaufen, um die Einheitlichkeit des Systems der Zielplanung zu gewährleisten.



### Abschnitt 1:

#### Übermittlung der Referenzrahmen (inkl. Korridor) als Information für die Planung der JC

Um die Planung der JC im Sinne einer einheitlichen Basis zu unterstützen, erarbeitet das BMAS gemeinsam mit den Ländern, kommunalen SpV und der BA ein Berechnungsverfahren für die Referenzwerte und die Korridorwerte für die Zielwerterwartung (= Referenzrahmen).

Ergebnis der gewählten Berechnungsmethode soll eine Aussage zu den zu erwartenden Veränderungen des Zielindikators im Folgejahr auf Grundlage des bisherigen Kennzahlenverlaufs und der Einschätzung der künftigen ökonomischen und strukturellen Rahmenbedingungen für die Zielerreichung sein. Diese Aussage wird für jeden SGB II-Vergleichstyp einzeln vorgenommen.

Für jedes Jobcenter wird ausgehend von diesen speziell für seinen SGB II-Vergleichstyp ermittelten Komponenten (Basissteigerung und Bandbreite) wie unter 4.2 erläutert eine individuelle Referenzgröße für die Zielwerterwartung ermittelt.

Die Ermittlung dieser individuellen Referenzgrößen für die JC auf Grundlage eines am SGB II-Vergleichstyp orientierten Verfahrens dient der Sicherung eines vergleichbaren Leistungsniveaus der Zielplanung als Teilaspekt einer einheitlichen Zielsteuerung.

Die Referenzwerte sollen die von den Akteuren abgestimmte Erwartung zur Verbesserung des Leistungsniveaus aller JC operationalisieren und damit den Abschluss angemessener Zielwerte für alle JC zu gewährleisten. Angemessen ist ein Zielwert dann, wenn er Leistungssteigerungen herausfordert ohne zu überfordern. Er wird zudem im Rahmen der SGB II-Vergleichstypen für die einzelnen JC ermittelt, um die unterschiedlichen regionalen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt in die Überlegungen zur Leistungserwartung mit einzubeziehen.

Die für die JC auf Grundlage einer gemeinsamen Vereinbarung ermittelten Werte werden dann in verschiedenen Weisen aufaddiert, z.B.

- für die zkT auf Ebene der Länder zu einem landesspezifischen Referenzwert (siehe unter Ziffer 4.2),
- für die gE auf Ebene Bund (BA) und Ebene der Regionaldirektionen.

Zur Betonung des Vereinbarungscharakters des Prozesses und zur Stärkung der dezentralen Verantwortung wird das BMAS mit den Ländern, kommunalen SpV und der BA jeweils einen Korridorwert für die Zielwerterwartung (Referenzrahmen) erarbeiten. Dieser Korridor erweitert den ermittelten länderspezifischen Referenzwert / BA-Referenzwert und eröffnet somit lokale Verhandlungsspielräume. Länder und BA entscheiden, ob die erarbeiteten Referenzgrößen nebst Korridor den JC vor Beginn der Planung zur Kenntnis gegeben werden. Innerhalb dieses Referenzrahmens liegende Zielwertangebote gelten als zu vereinbarende Zielwerte. Ein Abweichen von den Referenzrahmen (Referenzwert + Korridor) ist möglich. Dieses Abweichen soll den unterschiedlichen lokalen Umständen vor Ort in den zkT / gE Rechnung tragen und könnte z.B. auch in einer Randlage im SGB II-Vergleichstyp oder in einer strittigen Zuordnung zum SGB II-Vergleichstyp begründet sein. Insofern können hier Abweichungen, die nachvollziehbar dargelegt und mit Daten untermauert sind, anerkannt werden.

## **Abschnitt 2:**

### Planung der JC

Die JC nehmen im auf den Abschnitt 1 folgenden „bottom-up“- Prozess ihre Planung vor und übergeben ihre begründeten Planungsangebote den Ländern (für die zKT) bzw. der BA-Zentrale (für die gE). Das Land / die Zentrale der BA sollte dann für sich prüfen, ob das Angebot des JC innerhalb des Referenzrahmens liegt. Wenn dem so ist, gilt dieses Angebot als zu vereinbarender Wert.

Liegt das Planungsangebot außerhalb des Korridors ist es durch das Jobcenter besonders zu begründen.

Die Länder (für die zKT) und die BA (für die gE) sollten bei der Übernahme der gemeldeten Angebote prüfen, ob die Begründung nachvollziehbar, relevant und nicht bereits in die Grundannahmen zur Ermittlung Veränderungsrate im SGB II-Vergleichstyp eingeflossen ist (z.B. Annahmen über die allgemeine konjunkturelle Entwicklung). Sollte die Begründung diese Kriterien erfüllen, kann das abweichende Angebot als zu vereinbarender Zielwert übernommen werden.

Nach der Übermittlung der Werte an das BMAS wird das BMAS die vorliegenden Meldungen für die Länder und die BA anhand der ermittelten Referenzrahmen auf Ebene der Länder und der BA-Zentrale nachvollziehen.

Hier wird ebenso verfahren wie im Teilschritt davor: Liegt ein angebotener Wert auf Ebene der Länder oder der BA innerhalb des Korridors, dann gilt dieses Angebot als zu vereinbarender Wert. Sollte der angebotene Wert außerhalb des Referenzrahmens liegen, wird das BMAS die Gründe für die Abweichungen nachvollziehen und sich mit Land oder der BA verständigen, ob die Abweichung übernommen wird.

## **Abschnitt 3:**

Nach Abschluss der Verhandlungen werden die Zielvereinbarungen in den unterschiedlichen Ebenen geschlossen. Dabei können die Zielvereinbarungen auf Ebene der gE gleichzeitig auch Vereinbarungen mit dem kommunalen Träger enthalten.

## **5. Grundlagen der Zielnachhaltung**

Auch die Zielnachhaltung im zukünftigen Prozess der Zielsteuerung im SGB II soll das Prinzip der Transparenz und Fairness erfüllen. Die in regelmäßigen Abständen stattfindenden unterjährigen Dialoge der Zielvereinbarungspartner (BMAS - Land, BMAS - BA) zur

Entwicklung in den Zielindikatoren als auch der Dialog zu den Gesamtergebnissen des Vorjahres nach Veröffentlichung der revidierten Dezemberzahlen im April des Folgejahres sollen von vertrauensvoller und kooperativer Zusammenarbeit geprägt sein.

Die Gesprächspartner werden die Entwicklungen der Leistungsstände der JC betrachten und in einem Dialog auf Augenhöhe gemeinsam bewerten. Dabei sollen die erkennbaren Entwicklungen beschrieben und die vor Ort umgesetzten Strategien zur Eingliederung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den Arbeitsmarkt und damit Verringerung der Hilfebedürftigkeit der Betroffenen näher beleuchtet werden. So gefundene Wege der erfolgreichen Umsetzung des SGB II können als Ansätze für erfolgreiche Praxis allen Beteiligten vorgestellt werden, um die Selbststeuerungsfähigkeit zu erhöhen.

Als Vergleichsbasis für die unterjährige Zielnachhaltung und Beurteilung der Zielerreichung wird der Sollwert auf das erreichte Ergebnis des Vorjahres bezogen. Dafür wird aufsetzend auf dem Vorjahreswert die im Zielvereinbarungsprozess ausgehandelte Steigerungsrate auf das Vorjahresergebnis aufgeschlagen und damit der am Jahresende zu erreichende Zielwert bestimmt.

Für die unterjährige Nachhaltung wird mit gleichem Verfahren auf die unterjährige Entwicklung des Indikators im Vorjahr die erforderliche prozentuale Steigerung aufgeschlagen und damit unterjährige Sollwerte zur Abbildung der Zielerreichung gebildet.

Hier ein Beispiel für die Berechnung der unterjährigen Sollwerte für das JC x, welches eine Steigerung der Integrationsquote gegenüber dem Vorjahr von 1,5% vereinbart hat:

	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
<b>JC x</b>   Ist-Wert IntQ Vorjahr [in %]	1,89	2,67	4,58	6,02	8,96	12,89	16,20	19,56	22,35	24,12	25,60	25,90
Steigerung ggü. Vorjahr	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%
Steigerung um 1,5% - Sollwert IntQ aktuelles Jahr [in %]	1,92	2,71	4,65	6,11	9,09	13,08	16,44	19,85	22,69	24,48	25,98	26,29

Diese Vergleichsbasis erlaubt Orientierung und ist leicht zu operationalisieren. Das Verfahren kann auch ohne eigenen Controller im JC für die Steuerung genutzt werden. Es erfolgt allerdings keine automatische Anpassung, wenn sich die konjunkturelle Entwicklung anders vollzieht, als im Rahmen der Planung angenommen.

In der unterjährigen Zielnachhaltung sollten neben der Auswertung der Abweichung vom Sollwert ein Monitoring erfolgen. Untersuchungsansätze könnten beispielweise sein:

- Analyse der erreichten Veränderung des JFW zum Vorjahr,
- Untersuchung des Ist-Ist-Vergleiches im bisherigen Jahresverlauf,



- Vergleich der erreichten Veränderungen der Integrationsquote zum Vorjahr zwischen den JC eines Vergleichstyps,
- Berechnung der Anzahl an fehlenden Integrationen zur Zielerreichung.

Analog hierzu sollten die Ergänzungsgrößen analysiert werden. Hierbei sind vor allem die Einflüsse und Wechselwirkungen der Kennzahl mit Ergänzungsgrößen zu beachten. Falls abweichende Entwicklungstendenzen zu erkennen sind, sollte eine Ursachenanalyse folgen.

In den Dialogen zur Entwicklung der Zielerreichung wird der bisherige Stand der Zielerreichung transparent gemacht und mit einer Einschätzung der Gesprächspartner zum Leistungsstand der JC des Landes / der BA verbunden. Der Vergleich der erwarteten Soll-Werte mit den erreichten Istwerten (für Ziel 2 und 3) sowie die Entwicklung zum Vorjahr (für alle drei Ziele) können dabei immer nur den Einstieg in das Gespräch darstellen, dem eine von beiden Seiten gestaltete Analyse der Ursachen von abweichenden Entwicklungen folgen muss. Insbesondere ist dabei zu beachten, dass der Sollwert auf einer „doppelten“ Prognose beruht. Daher ist im Rahmen der Zielnachhaltung auch zu berücksichtigen, inwieweit sich die dem Referenzwert oder -korridor zugrundeliegenden Prognosen zum Vorjahr erfüllt haben.

Zur Unterstützung dieses Prozesses wird zeitnah noch erörtert, wo und in welcher Form die Steuerungsdaten (Jahresfortschrittswerte der Zielindikatoren - siehe auch unter Ziffer 2) für die Prozessbeteiligten bereitgestellt werden. Weiterhin werden für die Zielnachhaltedialoge zwischen den Ländern und dem BMAS geeignete Formate der grafischen Darstellung und kurzen verbalen Einschätzung entwickelt, die als Gesprächsgrundlage dienen.



Bundesministerium für Arbeit und Soziales · 11017 Berlin

**nur per E-Mail**

Bundesagentur für Arbeit  
Zugelassene kommunale Träger

nachrichtlich:  
Kommunale Spitzenverbände  
zuständige Ministerien der Länder

**Dr. Elisabeth Neifer-Porsch**  
Ministerialdirektorin

Leiterin der Abteilung  
Arbeitsmarktpolitik, Ausländerbeschäftigung,  
Arbeitslosenversicherung, Grundsicherung  
für Arbeitsuchende

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-6670

FAX +49 30 18 527-5243

E-MAIL [elisabeth.neifer-porsch@bmas.bund.de](mailto:elisabeth.neifer-porsch@bmas.bund.de)

llc7 – 28538/4

Berlin, 29. Oktober 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem die Vorarbeiten für die Verteilung der Mittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und für Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2014 abgeschlossen sind, möchte ich Sie zum Sachstand informieren.

Um Ihnen möglichst frühzeitig eine Planungshilfe zu geben, erhalten Sie mit diesem Schreiben die im Rahmen einer vorläufigen Berechnung ermittelten Anteile für das Jahr 2014 (siehe Anlage) auf Basis des ersten Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2014 vom 26. Juni 2013.

Bei den in der Anlage ausgewiesenen prozentualen Anteilen an den Eingliederungsmitteln handelt es sich um vorläufige Werte, da die Berechnungsgrundlagen noch nicht vollständig vorliegen. Die endgültigen prozentualen Anteile können in Abhängigkeit von der Entwicklung der Berechnungsgrundlagen sowohl höher als auch niedriger ausfallen. Für die Verwaltungsmittel können in der Anlage bereits die endgültigen prozentualen Anteile ausgewiesen werden. Für die Feststellung der absoluten Beträge ist jedoch das Inkrafttreten des Bundeshaushalts 2014 abzuwarten, wobei zunächst mit einer vorläufigen Haushaltsführung im Jahr 2014 gerechnet werden muss. Über die Modalitäten der vorläufigen Haushaltsführung werden Sie gesondert informiert.

Somit ist hervorzuheben, dass es sich insbesondere bei den in der Anlage ausgewiesenen Budgets und bei der Höhe des zentralen Einbehalts um vorläufige Orientierungshilfen handelt. Ich bitte Sie, diesen Aspekt bei Ihrer Planung zu berücksichtigen.

Der Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 sieht für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten ein Budget von insgesamt rd. 7,95 Milliarden Euro vor.

Von den veranschlagten rd. 7,95 Milliarden Euro entfallen nach dem Haushaltsentwurf auf:

- Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	3,90 Milliarden Euro
darunter:	
Mittel für Bundesprogramme („Perspektive 50plus-Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“, „Bürgerarbeit“)	0,50 Milliarden Euro
- Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	4,05 Milliarden Euro.

Nähere Angaben können Sie der anliegenden Tabelle entnehmen.

Die der Verteilung der Eingliederungs- und Verwaltungsmittel im Jahr 2013 zugrunde gelegten Maßstäbe werden beibehalten. Der endgültigen Berechnung werden revidierte Werte mit einer Wartezeit von drei Monaten für den Zeitraum Juli 2012 bis Juni 2013 zugrunde gelegt. Für die Berechnung ist der für den Juni 2013 ausgewiesene Gebietsstand maßgeblich.

Die Verteilung der Eingliederungsmittel erfolgt auf der Grundlage der Zahl der erwerbsfähigen Bezieher von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergänzend dazu werden die Besonderheiten von strukturschwachen Regionen weiterhin durch den sogenannten „Problemdruckindikator“ berücksichtigt. Durch die Problemdruckgewichtung wird auf der Grundlage der gegenwärtigen Ansätze für den Bundeshaushalt im Jahr 2014 ein Volumen von rund 183 Millionen Euro (rund 4,7 Prozent des gesamten Eingliederungsbudgets) zwischen den Jobcentern umverteilt.

Ein Teil der Eingliederungsmittel (geplant derzeit 70 Mio. Euro) wird für die Ausfinanzierung der Leistungen zur Beschäftigungsförderung nach § 16e SGB II in der bis zum

31.03.2012 geltenden Fassung gesondert zugewiesen. Die endgültige Höhe dieses Teilbetrages wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf der Grundlage der per 31. Dezember 2013 für diese Leistungen von den Jobcentern gemeldeten Verpflichtungen (fällig 2014) ermittelt.

Nach derzeitigem Stand bleibt der Ansatz für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit konstant. Infolge des auslaufenden Bundesprogramms „Bürgerarbeit“ sinkt der zentrale Einbehalt, so dass den Jobcentern im Jahr 2014 tendenziell mehr freie Eingliederungsmittel pro erwerbsfähigem Leistungsberechtigten zur Verfügung stehen werden als im laufenden Haushaltsjahr. Für die Berechnung der in der beigefügten Tabelle ausgewiesenen absoluten Anteile der Jobcenter an den Eingliederungsmitteln wurde der für das kommende Haushaltsjahr vorgesehene Start eines aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanzierten Bundesprogramms zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit mit einem Finanzvolumen von 10 Millionen Euro berücksichtigt.

Die Verwaltungsmittel werden in Abhängigkeit von der Anzahl der von den Jobcentern zu betreuenden Bedarfsgemeinschaften unter Anwendung der Maximalwertmethode, die zu einer Verstetigung der Mittelausstattung führt, verteilt. Danach wird die aktuelle Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (für 2014 ist dies der Durchschnitt der Daten von Juli 2012 bis Juni 2013) jeweils mit dem Wert des letzten Bemessungszeitraums (für 2013 der Durchschnitt der Daten Juli 2011 bis Juni 2012) verglichen und der größere Wert fließt in die Berechnung ein.

Für überregionale und regionale Sonderbedarfe (u. a. für Errichtungskosten aufgrund der Organisationsänderungen nach § 6a Abs. 7 SGB II) ist bei den Verwaltungsmitteln derzeit ein zentraler Einbehalt in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro vorgesehen. Zudem stehen die in der beigefügten Tabelle ausgewiesenen absoluten Anteile der Jobcenter an den Verwaltungsmitteln unter einem Finanzierungsvorbehalt für Kosten aufgrund des Personalübergangs gemäß § 6c SGB II. Für die von der Bundesagentur für Arbeit für alle Jobcenter wahrzunehmenden überörtlichen Aufgaben (u.a. für die Durchführung der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch die Bundesagentur für Arbeit sowie für die Erstattung der Kosten für die Einschaltung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung gemäß § 56 Absatz 2 SGB II) ein Betrag in Höhe von insgesamt rund 23,7 Millionen Euro veranschlagt.

Auch für das Jahr 2014 ist ein Teil der Verwaltungsmittel für überörtlich zu erbringende Leistungen (üKo) der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit für die gemeinsamen Einrichtungen vorgesehen. Nach der Bedarfsmeldung der Bundesagentur für Arbeit sind da-

von 168,5 Millionen Euro aus dem Budget der gemeinsamen Einrichtungen zu finanzieren.

Die Eingliederungsmittel-Verordnung 2014 soll bis Ende Dezember 2013 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erlassen werden. Anschließend werden Sie über die endgültigen prozentualen Anteile informiert.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
Dr. Neifer-Porsch

**Verteilung der Mittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und für Verwaltungskosten im Jahr 2014  
für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2014 (vorläufige Berechnung)**

Träger-Nr. der Statistik der Bundes- agentur für Arbeit (Stand: Juni 2013)	Träger- form ab 1.1.2014	Jobcenter (Stand: Juni 2013)	Land	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit voraussichtlicher Betrag: 3.323.000.000 € <sup>1) 2)</sup>				Verwaltungskosten voraussichtlicher Betrag: 4.016.560.097 € <sup>1) 3) 4)</sup>				
				Durch- schnitt der eLb 07/2012- 06/2013	Grundsiche- rungsquote bezogen auf Bevölkerung 15-65 (Stand: 31.12.2011)	Anteile in v.H.	vorläufige Anteile in Euro	Durch- schnitt der BG 07/2012- 06/2013	Durch- schnitt der BG 07/2011- 06/2012	Anteile <sup>5)</sup> zKT und BA in v.H.	Anteile <sup>6)</sup> BA in v.H.	vorläufige Anteile in Euro
03002	gE	Vorpommern-Greifswald Nord	MV	17.438	15,0%	0,4420	14.687.660	13.314	13.698	0,4064	0,5406	15.410.928
03006	gE	Vorpommern-Greifswald Süd	MV	8.403	17,9%	0,2287	7.599.701	6.298	6.439	0,1910	0,2541	7.243.649
03102	gE	Neubrandenburg, Stadt (ab 1. Januar 2014 Mecklenburgische Seenplatte Süd)	MV	7.505	17,3%	0,2008	6.672.584	6.086	6.100	0,1809	0,2407	6.861.654
03104	gE	Demmin (ab 1. Januar 2014 Mecklenburgische Seenplatte Nord)	MV	7.466	17,6%	0,2013	6.689.199	5.636	5.667	0,1681	0,2236	6.374.183
03122	gE	Müritz (ab 1. Januar 2014 Mecklenburgische Seenplatte Nord)	MV	5.513	13,0%	0,1325	4.402.975	4.235	4.381	0,1299	0,1728	4.926.024
03144	gE	Mecklenburg-Strelitz (ab 1. Januar 2014 Mecklenburgische Seenplatte Süd)	MV	7.102	13,9%	0,1749	5.811.927	5.339	5.554	0,1647	0,2191	6.245.901
03202	gE	Rostock, Hansestadt	MV	20.914	15,4%	0,5348	17.771.404	16.956	17.278	0,5126	0,6819	19.438.978
03204	gE	Bad Doberan	MV	6.550	8,3%	0,1375	4.569.125	5.027	5.207	0,1544	0,2054	5.855.354
03208	gE	Güstrow	MV	9.551	14,8%	0,2408	8.001.784	7.333	7.526	0,2232	0,2969	8.463.752
03302	gE	Schwerin, Landeshauptstadt	MV	10.033	16,2%	0,2617	8.696.291	7.982	8.522	0,2528	0,3363	9.586.931
03304	gE	Nordwestmecklenburg	MV	11.855	11,1%	0,2707	8.995.361	9.195	9.574	0,2840	0,3778	10.769.975
03324	gE	Ludwigslust-Parchim	MV	14.351	9,8%	0,3160	10.500.680	11.015	11.444	0,3395	0,4516	12.873.798
03444	zkT	Vorpommern-Rügen	MV	21.189	14,1%	0,5243	17.422.489	16.317	16.536	0,4905		19.701.227
03502	gE	Cottbus, Stadt	BB	10.685	15,6%	0,2746	9.124.958	8.705	8.797	0,2610	0,3472	9.897.658
03504	gE	Elbe-Elster	BB	9.147	12,9%	0,2191	7.280.693	7.039	7.220	0,2142	0,2850	8.124.518
03506	gE	Oberspreewald-Lausitz	BB	11.621	15,2%	0,2955	9.819.465	9.049	9.197	0,2728	0,3629	10.345.220
03510	gE	Dahme-Spreewald	BB	8.938	8,5%	0,1890	6.280.470	7.066	7.218	0,2141	0,2848	8.118.817
03538	zkT	Spree-Neiße	BB	9.977	12,2%	0,2346	7.795.758	7.765	7.879	0,2337		9.386.701
03602	gE	Barnim	BB	13.076	11,1%	0,2982	9.909.186	10.064	10.373	0,3077	0,4093	11.667.948
03604	zkT	Uckermark	BB	15.498	18,5%	0,4268	14.182.564	11.614	11.846	0,3514		14.114.192
03702	gE	Frankfurt (Oder), Stadt	BB	6.941	17,4%	0,1862	6.187.426	5.480	5.385	0,1625	0,2162	6.163.231
03706	zkT	Oder-Spree	BB	14.332	12,0%	0,3352	11.138.696	11.110	11.343	0,3365		13.515.725
03708	gE	Märkisch-Oderland	BB	15.036	11,8%	0,3504	11.643.792	11.544	11.862	0,3519	0,4681	13.344.164
03802	zkT	Ostprignitz-Ruppin	BB	9.960	14,7%	0,2500	8.307.500	7.670	7.840	0,2326		9.342.519
03804	gE	Prignitz	BB	7.957	15,3%	0,2030	6.745.690	6.231	6.359	0,1886	0,2509	7.152.427
03806	zkT	Oberhavel	BB	13.284	9,9%	0,2929	9.733.067	10.223	10.621	0,3151		12.656.181
03846	zkT	Havelland	BB	10.783	10,5%	0,2423	8.051.629	8.359	8.350	0,2480		9.961.069
03902	gE	Brandenburg an der Havel, Stadt	BB	8.155	18,0%	0,2224	7.390.352	6.588	6.742	0,2000	0,2661	7.585.734
03904	gE	Potsdam, Stadt	BB	10.755	10,1%	0,2386	7.928.678	8.824	9.019	0,2675	0,3559	10.145.670
03908	gE	Teltow-Fläming	BB	9.526	8,9%	0,2038	6.772.274	7.482	7.681	0,2278	0,3031	8.640.496

Träger-Nr. der Statistik der Bundes- agentur für Arbeit (Stand: Juni 2013)	Träger- form ab 1.1.2014	Jobcenter (Stand: Juni 2013)	Land	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit voraussichtlicher Betrag: 3.323.000.000 € <sup>1) 2)</sup>				Verwaltungskosten voraussichtlicher Betrag: 4.016.560.097 € <sup>1) 3) 4)</sup>				
				Durch- schnitt der eLb 07/2012- 06/2013	Grundsiche- rungsquote bezogen auf Bevölkerung 15-65 (Stand: 31.12.2011)	Anteile in v.H.	vorläufige Anteile in Euro	Durch- schnitt der BG 07/2012- 06/2013	Durch- schnitt der BG 07/2011- 06/2012	Anteile <sup>5)</sup> zkT und BA in v.H.	Anteile <sup>6)</sup> BA in v.H.	vorläufige Anteile in Euro
03942	zkT	Potsdam-Mittelmark	BB	8.789	6,5%	0,1745	5.798.635	6.843	6.995	0,2075		8.334.362
04102	zkT	Salzlandkreis	ST	23.088	17,5%	0,6212	20.642.476	17.232	17.753	0,5267		21.155.222
04202	gE	Dessau-Roßlau	ST	8.348	15,8%	0,2154	7.157.742	6.576	6.665	0,1977	0,2630	7.497.362
04208	zkT	Anhalt-Bitterfeld	ST	17.158	15,3%	0,4376	14.541.448	13.063	13.376	0,3968		15.937.710
04214	gE	Wittenberg	ST	11.258	13,0%	0,2705	8.988.715	8.642	8.917	0,2645	0,3519	10.031.642
04306	zkT	Harz	ST	19.446	13,3%	0,4709	15.648.007	15.116	15.696	0,4656		18.701.104
04402	gE	Halle (Saale), Stadt	ST	25.917	17,0%	0,6900	22.928.700	20.533	20.937	0,6211	0,8263	23.555.401
04412	zkT	Saalekreis	ST	16.604	12,9%	0,3981	13.228.863	12.469	12.831	0,3806		15.287.028
04502	gE	Magdeburg, Landeshauptstadt	ST	24.791	16,3%	0,6479	21.529.717	19.677	19.768	0,5865	0,7802	22.241.224
04506	gE	Jerichower Land	ST	7.637	12,2%	0,1798	5.974.754	5.846	5.967	0,1770	0,2355	6.713.417
04514	gE	Börde	ST	12.281	10,3%	0,2741	9.108.343	9.391	9.422	0,2795	0,3718	10.598.933
04648	zkT	Burgenlandkreis	ST	18.727	15,4%	0,4788	15.910.524	14.325	14.455	0,4288		17.223.010
04704	gE	Mansfeld-Südharz	ST	15.107	16,1%	0,3933	13.069.359	11.224	11.459	0,3399	0,4522	12.890.902
04802	gE	Stendal	ST	12.780	16,2%	0,3331	11.068.913	9.622	9.893	0,2935	0,3905	11.132.015
04846	zkT	Altmarkkreis Salzwedel	ST	6.526	11,2%	0,1493	4.961.239	5.003	5.124	0,1520		6.105.171
07146	zkT	Erzgebirgskreis	SN	23.821	10,3%	0,5317	17.668.391	18.051	18.675	0,5540		22.251.743
07202	zkT	Bautzen	SN	21.907	10,9%	0,4970	16.515.310	16.696	17.519	0,5197		20.874.063
07208	zkT	Görlitz	SN	25.222	14,9%	0,6368	21.160.864	18.886	19.588	0,5811		23.340.231
07302	gE	Chemnitz, Stadt	SN	20.387	13,5%	0,4962	16.488.726	16.161	16.553	0,4910	0,6532	18.620.825
07402	gE	Dresden, Stadt	SN	38.420	11,0%	0,8757	29.099.511	31.116	32.046	0,9507	1,2648	36.055.756
07502	gE	Leipzig, Stadt	SN	54.715	15,5%	1,4033	46.631.659	43.596	45.238	1,3421	1,7854	50.896.542
07602	gE	Nordsachsen	SN	16.784	12,6%	0,3996	13.278.708	12.591	13.044	0,3870	0,5148	14.675.445
07610	zkT	Leipzig	SN	19.478	11,4%	0,4487	14.910.301	14.901	15.504	0,4599		18.472.160
07702	gE	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	SN	16.253	10,4%	0,3634	12.075.782	12.566	12.870	0,3818	0,5079	14.478.746
07804	gE	Vogtlandkreis	SN	15.355	10,2%	0,3415	11.348.045	12.032	12.651	0,3753	0,4993	14.233.585
07904	zkT	Meißen	SN	17.496	11,1%	0,3993	13.268.739	13.555	13.990	0,4150		16.668.724
08002	gE	Mittelsachsen	SN	20.347	9,9%	0,4491	14.923.593	15.472	16.238	0,4817	0,6408	18.267.337
09202	gE	Zwickau	SN	22.142	10,5%	0,4963	16.492.049	17.211	18.005	0,5341	0,7105	20.254.281
09302	gE	Erfurt, Stadt	TH	17.907	12,9%	0,4296	14.275.608	14.012	14.615	0,4336	0,5768	16.442.884
09304	gE	Ilm-Kreis	TH	7.268	9,9%	0,1602	5.323.446	5.747	6.031	0,1789	0,2380	6.784.685
09308	gE	Sömmerda	TH	4.711	9,7%	0,1032	3.429.336	3.599	3.803	0,1128	0,1501	4.278.913
09310	gE	Weimar, Stadt	TH	4.980	11,4%	0,1147	3.811.481	4.005	4.186	0,1242	0,1652	4.709.370
09312	gE	Weimarer Land	TH	4.847	8,6%	0,1027	3.412.721	3.695	3.845	0,1140	0,1517	4.324.524
09402	gE	Gera, Stadt	TH	9.706	15,4%	0,2480	8.241.040	7.795	7.948	0,2358	0,3137	8.942.671
09414	gE	Saale-Orla-Kreis	TH	4.386	7,8%	0,0907	3.013.961	3.494	3.693	0,1095	0,1457	4.153.482
09418	gE	Altenburger Land	TH	8.488	13,9%	0,2089	6.941.747	6.443	6.615	0,1962	0,2610	7.440.348
09446	zkT	Greiz	TH	6.225	9,2%	0,1345	4.469.435	4.877	5.049	0,1497		6.012.790

Träger-Nr. der Statistik der Bundes- agentur für Arbeit (Stand: Juni 2013)	Träger- form ab 1.1.2014	Jobcenter (Stand: Juni 2013)	Land	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit voraussichtlicher Betrag: 3.323.000.000 € <sup>1) 2)</sup>				Verwaltungskosten voraussichtlicher Betrag: 4.016.560.097 € <sup>1) 3) 4)</sup>				
				Durch- schnitt der eLb 07/2012- 06/2013	Grundsiche- rungsquote bezogen auf Bevölkerung 15-65 (Stand: 31.12.2011)	Anteile in v.H.	vorläufige Anteile in Euro	Durch- schnitt der BG 07/2012- 06/2013	Durch- schnitt der BG 07/2011- 06/2012	Anteile <sup>5)</sup> zkT und BA in v.H.	Anteile <sup>6)</sup> BA in v.H.	vorläufige Anteile in Euro
09502	gE	Gotha	TH	8.538	9,5%	0,1864	6.194.072	6.647	6.879	0,2041	0,2715	7.739.672
09506	gE	Unstrut-Hainich-Kreis	TH	8.207	11,6%	0,1899	6.310.377	6.215	6.348	0,1883	0,2505	7.141.024
09602	zkT	Jena, Stadt	TH	6.119	8,6%	0,1297	4.309.931	5.040	5.182	0,1537		6.173.453
09606	gE	Saale-Holzland-Kreis	TH	4.483	7,9%	0,0931	3.093.713	3.548	3.688	0,1094	0,1455	4.147.780
09614	gE	Saalfeld-Rudolstadt	TH	6.833	9,3%	0,1479	4.914.717	5.370	5.510	0,1634	0,2174	6.197.439
09702	gE	Nordhausen	TH	7.159	12,4%	0,1695	5.632.485	5.388	5.445	0,1615	0,2148	6.123.321
09704	zkT	Eichsfeld	TH	4.001	5,7%	0,0775	2.575.325	3.114	3.229	0,0958		3.847.865
09708	gE	Kyffhäuserkreis	TH	7.060	13,5%	0,1722	5.722.206	5.250	5.438	0,1613	0,2146	6.117.619
09802	gE	Suhl, Stadt	TH	2.230	9,0%	0,0479	1.591.717	1.809	1.888	0,0560	0,0745	2.123.778
09804	gE	Hildburghausen	TH	2.284	5,1%	0,0434	1.442.182	1.803	1.913	0,0567	0,0754	2.149.434
09806	gE	Sonneberg	TH	2.153	5,6%	0,0415	1.379.045	1.734	1.836	0,0544	0,0724	2.063.913
09810	gE	Wartburgkreis	TH	4.746	5,5%	0,0913	3.033.899	3.728	3.845	0,1140	0,1517	4.324.524
09818	gE	Eisenach, Stadt	TH	3.151	11,6%	0,0729	2.422.467	2.513	2.553	0,0757	0,1007	2.870.663
09840	zkT	Schmalkalden-Meiningen	TH	5.577	6,6%	0,1111	3.691.853	4.438	4.528	0,1343		5.394.240
11102	gE	Stormarn	SH	6.873	4,7%	0,1287	4.276.701	5.101	5.185	0,1538	0,2046	5.832.549
11116	gE	Herzogtum Lauenburg	SH	9.254	7,7%	0,1913	6.356.899	6.720	6.723	0,1994	0,2653	7.562.928
11502	gE	Pinneberg	SH	13.153	6,7%	0,2630	8.739.490	9.741	9.914	0,2941	0,3913	11.154.821
11522	gE	Segeberg	SH	10.168	6,0%	0,1989	6.609.447	7.646	7.643	0,2268	0,3017	8.600.586
11902	gE	Flensburg, Stadt	SH	8.174	13,5%	0,1989	6.609.447	6.462	6.414	0,1917	0,2550	7.269.306
11904	zkT	Schleswig-Flensburg	SH	9.855	7,8%	0,2044	6.792.212	7.272	7.136	0,2157		8.663.720
11916	zkT	Nordfriesland	SH	6.900	6,6%	0,1374	4.565.802	5.174	5.194	0,1541		6.189.519
12302	gE	Hamburg, Freie und Hansestadt	HH	130.955	10,6%	2,9501	98.031.823	100.319	101.176	3,0018	3,9934	113.840.176
12702	gE	Dithmarschen	SH	8.526	10,1%	0,1892	6.287.116	6.366	6.308	0,1888	0,2512	7.160.979
12712	gE	Steinburg	SH	6.509	7,6%	0,1340	4.452.820	4.928	4.948	0,1468	0,1953	5.567.433
13102	gE	Kiel, Landeshauptstadt	SH	23.523	13,9%	0,5789	19.236.847	18.060	18.219	0,5405	0,7190	20.496.591
13106	gE	Plön	SH	5.084	6,0%	0,0993	3.299.739	3.721	3.914	0,1161	0,1545	4.404.344
13502	gE	Lübeck, Hansestadt	SH	20.622	15,2%	0,5251	17.449.073	15.498	15.659	0,4645	0,6179	17.614.525
13506	gE	Ostholstein	SH	9.692	7,7%	0,1999	6.642.677	7.230	7.411	0,2198	0,2924	8.335.470
13902	gE	Neumünster, Stadt	SH	7.547	15,3%	0,1925	6.396.775	5.622	5.586	0,1667	0,2218	6.322.870
13912	gE	Rendsburg-Eckernförde	SH	11.004	6,4%	0,2181	7.247.463	8.231	8.246	0,2446	0,3254	9.276.204
21102	gE	Braunschweig, Stadt	NI	16.011	9,5%	0,3490	11.597.270	12.490	12.935	0,3837	0,5104	14.550.014
21104	gE	Salzgitter, Stadt	NI	7.167	11,1%	0,1637	5.439.751	5.207	5.271	0,1563	0,2079	5.926.622
21106	gE	Wolfenbüttel	NI	5.987	7,7%	0,1234	4.100.582	4.379	4.462	0,1323	0,1760	5.017.246
21124	gE	Goslar	NI	9.647	10,8%	0,2186	7.264.078	7.181	7.381	0,2189	0,2912	8.301.262
21404	gE	Bremen, Stadt	HB	52.309	14,4%	1,3040	43.331.920	39.770	39.545	1,1799	1,5697	44.747.564
21416	zkT	Osterholz	NI	3.437	4,8%	0,0645	2.143.335	2.460	2.555	0,0758		3.044.553
21420	gE	Bremerhaven, Stadt	HB	13.958	19,0%	0,3893	12.936.439	10.489	10.821	0,3210	0,4270	12.172.523



Träger-Nr. der Statistik der Bundes- agentur für Arbeit (Stand: Juni 2013)	Träger- form ab 1.1.2014	Jobcenter (Stand: Juni 2013)	Land	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit voraussichtlicher Betrag: 3.323.000.000 € <sup>1) 2)</sup>				Verwaltungskosten voraussichtlicher Betrag: 4.016.560.097 € <sup>1) 3) 4)</sup>				
				Durch- schnitt der eLb 07/2012- 06/2013	Grundsiche- rungsquote bezogen auf Bevölkerung 15-65 (Stand: 31.12.2011)	Anteile in v.H.	vorläufige Anteile in Euro	Durch- schnitt der BG 07/2012- 06/2013	Durch- schnitt der BG 07/2011- 06/2012	Anteile <sup>5)</sup> zkT und BA in v.H.	Anteile <sup>6)</sup> BA in v.H.	vorläufige Anteile in Euro
22102	gE	Celle	NI	10.196	9,0%	0,2191	7.280.693	7.528	7.580	0,2248	0,2991	8.526.468
22116	zkT	Heidekreis	NI	7.052	7,9%	0,1464	4.864.872	5.162	5.110	0,1531		6.149.354
22402	gE	Emden, Stadt	NI	3.721	10,9%	0,0845	2.807.935	2.798	2.872	0,0851	0,1132	3.227.002
22410	zkT	Leer	NI	7.247	6,7%	0,1451	4.821.673	5.229	5.430	0,1611		6.470.678
22444	zkT	Wittmund	NI	2.773	7,6%	0,0571	1.897.433	1.971	2.034	0,0603		2.421.986
22446	zkT	Aurich	NI	10.324	8,5%	0,2182	7.250.786	7.241	7.264	0,2155		8.655.687
23102	zkT	Göttingen	NI	13.391	7,6%	0,2754	9.151.542	10.166	10.546	0,3128		12.563.800
23104	zkT	Osterode am Harz	NI	4.768	10,2%	0,1060	3.522.380	3.473	3.578	0,1061		4.261.570
23106	gE	Northeim	NI	7.104	8,1%	0,1486	4.937.978	5.174	5.265	0,1562	0,2078	5.923.771
23406	gE	Holzminde	NI	4.080	9,3%	0,0884	2.937.532	3.049	3.107	0,0921	0,1225	3.492.117
23408	gE	Hamel-Pyrmont	NI	9.504	9,8%	0,2090	6.945.070	6.944	7.104	0,2107	0,2803	7.990.535
23444	zkT	Schaumburg	NI	8.501	8,4%	0,1792	5.954.816	6.196	6.226	0,1847		7.418.586
23702	gE	Region Hannover	NI	82.440	11,0%	1,8781	62.409.263	61.081	61.774	1,8327	2,4381	69.503.113
24110	gE	Helmstedt	NI	5.273	8,8%	0,1127	3.745.021	4.072	4.159	0,1233	0,1640	4.675.161
24112	gE	Gifhorn	NI	6.922	6,0%	0,1355	4.502.665	4.921	5.181	0,1537	0,2045	5.829.698
24114	gE	Wolfsburg, Stadt	NI	5.255	6,7%	0,1050	3.489.150	3.865	3.954	0,1173	0,1560	4.447.105
24402	gE	Hildesheim	NI	15.405	8,5%	0,3260	10.832.980	11.521	11.772	0,3492	0,4646	13.244.390
24404	zkT	Peine	NI	7.147	8,4%	0,1509	5.014.407	5.068	5.258	0,1560		6.265.834
25102	gE	Lüneburg	NI	9.593	8,1%	0,2003	6.655.969	7.036	7.196	0,2134	0,2839	8.093.160
25104	gE	Harburg	NI	8.038	5,0%	0,1522	5.057.606	5.911	6.042	0,1792	0,2384	6.796.088
25110	gE	Lüchow-Dannenberg	NI	3.171	10,6%	0,0712	2.365.976	2.441	2.425	0,0724	0,0963	2.745.232
25112	gE	Uelzen	NI	4.532	7,7%	0,0936	3.110.328	3.537	3.611	0,1071	0,1425	4.062.259
25704	zkT	Grafschaft Bentheim	NI	4.779	5,4%	0,0917	3.047.191	3.372	3.325	0,1000		4.016.560
25706	zkT	Emsland	NI	9.259	4,4%	0,1717	5.705.591	6.918	6.914	0,2052		8.241.981
26104	gE	Delmenhorst, Stadt	NI	7.419	15,3%	0,1895	6.297.085	5.232	5.199	0,1552	0,2065	5.886.712
26106	gE	Oldenburg (Oldenburg), Stadt	NI	12.086	10,8%	0,2736	9.091.728	9.390	9.465	0,2808	0,3736	10.650.245
26110	gE	Wesermarsch	NI	5.149	8,9%	0,1103	3.665.269	3.775	3.904	0,1158	0,1541	4.392.941
26112	zkT	Ammerland	NI	4.115	5,4%	0,0788	2.618.524	2.948	2.968	0,0880		3.534.573
26118	zkT	Oldenburg	NI	4.685	5,6%	0,0903	3.000.669	3.374	3.425	0,1016		4.080.825
26126	gE	Wilhelmshaven, Stadt	NI	7.815	14,9%	0,1976	6.566.248	5.923	5.996	0,1778	0,2365	6.741.925
26130	zkT	Friesland	NI	4.254	6,8%	0,0854	2.837.842	3.116	3.139	0,0931		3.739.417
26402	gE	Osnabrück, Stadt	NI	11.633	10,3%	0,2596	8.626.508	8.795	8.818	0,2616	0,3480	9.920.464
26410	zkT	Osnabrück	NI	11.446	4,9%	0,2158	7.171.034	8.390	8.489	0,2518		10.113.698
26702	gE	Stade	NI	9.894	7,7%	0,2040	6.778.920	7.007	7.076	0,2099	0,2792	7.959.177
26704	gE	Cuxhaven	NI	9.214	7,3%	0,1880	6.247.240	6.631	6.808	0,2019	0,2686	7.657.002
26706	zkT	Rotenburg (Wümme)	NI	5.261	4,9%	0,0992	3.296.416	3.832	4.088	0,1212		4.868.071
27402	gE	Vechta	NI	3.836	4,1%	0,0704	2.339.392	2.694	2.688	0,0799	0,1063	3.030.303

Träger-Nr. der Statistik der Bundes- agentur für Arbeit (Stand: Juni 2013)	Träger- form ab 1.1.2014	Jobcenter (Stand: Juni 2013)	Land	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit voraussichtlicher Betrag: 3.323.000.000 € <sup>1) 2)</sup>				Verwaltungskosten voraussichtlicher Betrag: 4.016.560.097 € <sup>1) 3) 4)</sup>				
				Durch- schnitt der eLb 07/2012- 06/2013	Grundsiche- rungsquote bezogen auf Bevölkerung 15-65 (Stand: 31.12.2011)	Anteile in v.H.	vorläufige Anteile in Euro	Durch- schnitt der BG 07/2012- 06/2013	Durch- schnitt der BG 07/2011- 06/2012	Anteile <sup>5)</sup> zkT und BA in v.H.	Anteile <sup>6)</sup> BA in v.H.	vorläufige Anteile in Euro
27404	gE	Cloppenburg	NI	5.810	5,5%	0,1116	3.708.468	4.009	3.910	0,1189	0,1582	4.509.820
27706	zkT	Verden	NI	5.745	6,6%	0,1146	3.808.158	4.109	4.194	0,1244		4.996.601
27708	gE	Diepholz	NI	8.334	6,0%	0,1630	5.416.490	6.066	6.054	0,1799	0,2393	6.821.744
27718	gE	Nienburg (Weser)	NI	5.671	7,1%	0,1149	3.818.127	3.953	4.053	0,1202	0,1599	4.558.282
31106	gE	Heinsberg	NW	12.380	7,3%	0,2522	8.380.606	8.767	8.716	0,2601	0,3460	9.863.450
31108	gE	Städteregion Aachen	NW	37.295	9,7%	0,8171	27.152.233	27.030	26.774	0,8019	1,0668	30.411.354
31118	zkT	Düren	NW	15.296	8,6%	0,3242	10.773.166	10.688	10.819	0,3209		12.889.141
31502	gE	Leverkusen, Stadt	NW	10.738	10,4%	0,2403	7.985.169	7.871	7.771	0,2335	0,3106	8.854.299
31504	gE	Oberbergischer Kreis	NW	10.818	5,9%	0,2111	7.014.853	7.858	7.953	0,2359	0,3138	8.945.522
31506	gE	Rheinisch-Bergischer Kreis	NW	11.669	6,7%	0,2332	7.749.236	8.506	8.445	0,2523	0,3356	9.566.976
31704	gE	Bielefeld, Stadt	NW	25.016	11,8%	0,5826	19.359.798	18.203	18.359	0,5447	0,7246	20.656.231
31778	zkT	Gütersloh	NW	12.606	5,4%	0,2416	8.028.368	8.774	8.577	0,2603		10.455.106
32102	gE	Bochum, Stadt	NW	28.389	11,3%	0,6511	21.636.053	20.978	20.752	0,6223	0,8279	23.601.012
32112	gE	Herne, Stadt	NW	15.341	14,2%	0,3804	12.640.692	10.897	10.795	0,3232	0,4300	12.258.045
32302	gE	Bonn, Stadt	NW	17.880	8,0%	0,3727	12.384.821	12.875	12.662	0,3819	0,5081	14.484.448
32304	gE	Rhein-Sieg-Kreis	NW	25.261	6,4%	0,5006	16.634.938	18.116	18.113	0,5374	0,7149	20.379.712
32502	gE	Rhein-Erft-Kreis	NW	25.189	8,2%	0,5280	17.545.440	17.740	17.474	0,5263	0,7002	19.960.658
32504	gE	Euskirchen	NW	7.691	6,1%	0,1510	5.017.730	5.607	5.711	0,1694	0,2254	6.425.496
32702	zkT	Borken	NW	11.124	4,5%	0,2069	6.875.287	8.076	8.209	0,2435		9.780.324
32704	zkT	Coesfeld	NW	5.818	4,0%	0,1062	3.529.026	4.286	4.168	0,1271		5.105.048
33148	zkT	Lippe	NW	19.949	9,0%	0,4282	14.229.086	13.923	13.700	0,4130		16.588.393
33302	gE	Dortmund, Stadt	NW	58.169	15,1%	1,4770	49.080.710	42.792	42.396	1,2696	1,6890	48.148.459
33702	gE	Düsseldorf, Stadt	NW	45.370	11,3%	1,0414	34.605.722	34.036	34.616	1,0270	1,3663	38.949.224
34102	gE	Duisburg, Stadt	NW	48.500	15,2%	1,2343	41.015.789	34.968	35.079	1,0407	1,3845	39.468.053
34348	zkT	Essen, Stadt	NW	60.563	16,1%	1,5780	52.436.940	43.436	41.958	1,2887		51.761.410
34502	gE	Gelsenkirchen, Stadt	NW	31.695	18,8%	0,8797	29.232.431	22.490	22.219	0,6672	0,8876	25.302.885
34506	gE	Bottrop, Stadt	NW	8.254	10,7%	0,1864	6.194.072	6.036	6.062	0,1798	0,2392	6.818.894
34702	zkT	Ennepe-Ruhr-Kreis	NW	19.209	9,0%	0,4123	13.700.729	14.132	14.043	0,4192		16.837.420
34704	gE	Hagen, Stadt	NW	15.928	13,3%	0,3856	12.813.488	11.352	11.343	0,3368	0,4481	12.774.023
35102	zkT	Hamm, Stadt	NW	16.125	13,4%	0,3914	13.006.222	11.235	11.013	0,3333		13.387.195
35104	gE	Unna	NW	27.917	10,4%	0,6239	20.732.197	20.076	19.904	0,5956	0,7923	22.586.160
35302	gE	Herford	NW	11.471	7,2%	0,2333	7.752.559	8.303	8.430	0,2501	0,3327	9.484.306
35318	zkT	Minden-Lübbecke	NW	15.584	7,8%	0,3226	10.719.998	10.780	11.066	0,3283		13.186.367
35502	gE	Märkischer Kreis	NW	22.491	8,1%	0,4694	15.598.162	16.480	16.142	0,4889	0,6504	18.541.005
35702	gE	Köln, Stadt	NW	81.227	11,6%	1,8808	62.498.984	60.242	60.345	1,7903	2,3817	67.895.314
36102	gE	Krefeld	NW	20.410	13,3%	0,4945	16.432.235	15.332	15.291	0,4548	0,6050	17.246.784
36108	gE	Viersen	NW	13.930	7,1%	0,2818	9.364.214	10.159	10.005	0,3014	0,4010	11.431.339

Träger-Nr. der Statistik der Bundes- agentur für Arbeit (Stand: Juni 2013)	Träger- form ab 1.1.2014	Jobcenter (Stand: Juni 2013)	Land	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit voraussichtlicher Betrag: 3.323.000.000 € <sup>1) 2)</sup>				Verwaltungskosten voraussichtlicher Betrag: 4.016.560.097 € <sup>1) 3) 4)</sup>				
				Durch- schnitt der eLb 07/2012- 06/2013	Grundsiche- rungsquote bezogen auf Bevölkerung 15-65 (Stand: 31.12.2011)	Anteile in v.H.	vorläufige Anteile in Euro	Durch- schnitt der BG 07/2012- 06/2013	Durch- schnitt der BG 07/2011- 06/2012	Anteile <sup>5)</sup> zKT und BA in v.H.	Anteile <sup>6)</sup> BA in v.H.	vorläufige Anteile in Euro
				36402	gE	Mettmann	NW	25.765	8,2%	0,5398	17.937.554	18.653
36502	gE	Mönchengladbach, Stadt	NW	26.048	15,3%	0,6650	22.097.950	18.802	18.627	0,5578	0,7421	21.155.105
36504	gE	Rhein-Kreis Neuss	NW	20.864	7,2%	0,4243	14.099.489	15.038	14.901	0,4461	0,5935	16.918.952
36704	zkT	Warendorf	NW	10.322	5,7%	0,1999	6.642.677	7.690	7.575	0,2281		9.161.774
36748	zkT	Münster, Stadt	NW	14.153	6,9%	0,2847	9.460.581	10.820	10.558	0,3210		12.893.158
37102	zkT	Mülheim an der Ruhr, Stadt	NW	12.776	12,0%	0,2992	9.942.416	9.068	8.933	0,2690		10.804.547
37106	gE	Oberhausen, Stadt	NW	19.476	13,8%	0,4783	15.893.909	14.111	13.967	0,4186	0,5569	15.875.593
37302	gE	Paderborn	NW	14.251	6,9%	0,2873	9.546.979	10.272	10.376	0,3078	0,4095	11.673.650
37338	gE	Höxter	NW	4.907	5,2%	0,0934	3.103.682	3.555	3.653	0,1083	0,1441	4.107.870
37548	zkT	Recklinghausen	NW	50.045	12,2%	1,1767	39.101.741	36.242	35.564	1,0752		43.186.054
37710	zkT	Steinfurt	NW	15.501	5,3%	0,2963	9.846.049	11.087	10.969	0,3289		13.210.466
38102	gE	Siegen-Wittgenstein	NW	10.765	5,8%	0,2089	6.941.747	8.219	8.388	0,2488	0,3310	9.435.844
38104	gE	Olpe	NW	4.133	4,5%	0,0768	2.552.064	3.082	3.000	0,0914	0,1216	3.466.461
38302	gE	Soest	NW	12.845	6,4%	0,2549	8.470.327	9.409	9.566	0,2838	0,3775	10.761.423
38340	zkT	Hochsauerlandkreis	NW	10.234	6,0%	0,2000	6.646.000	7.396	7.475	0,2217		8.904.714
38702	gE	Wesel	NW	24.866	8,1%	0,5194	17.259.662	17.787	18.181	0,5394	0,7176	20.456.681
38704	zkT	Kleve	NW	12.840	6,2%	0,2530	8.407.190	9.026	8.707	0,2678		10.756.348
39104	gE	Remscheid, Stadt	NW	7.988	11,4%	0,1837	6.104.351	5.793	5.788	0,1718	0,2286	6.516.719
39106	zkT	Solingen, Stadt	NW	10.550	10,2%	0,2347	7.799.081	7.650	7.374	0,2269		9.113.575
39148	zkT	Wuppertal, Stadt	NW	33.779	14,8%	0,8505	28.262.115	24.291	23.920	0,7206		28.943.332
41102	zkT	Hersfeld-Rotenburg	HE	4.327	5,5%	0,0833	2.768.059	3.219	3.171	0,0955		3.835.815
41110	zkT	Fulda	HE	6.690	4,7%	0,1253	4.163.719	4.991	5.127	0,1521		6.109.188
41502	zkT	Bergstraße	HE	9.829	5,7%	0,1901	6.317.023	7.082	7.250	0,2150		8.635.604
41506	zkT	Darmstadt-Dieburg	HE	10.266	5,3%	0,1960	6.513.080	7.336	7.076	0,2176		8.740.035
41508	zkT	Odenwaldkreis	HE	4.243	6,7%	0,0848	2.817.904	2.947	2.898	0,0874		3.510.474
41512	gE	Darmstadt, Wissenschaftsstadt	HE	8.377	8,1%	0,1752	5.821.896	6.186	6.009	0,1835	0,2441	6.958.578
41920	gE	Frankfurt am Main, Stadt	HE	48.312	10,0%	1,0690	35.522.870	36.629	36.583	1,0867	1,4457	41.212.686
42702	gE	Gießen	HE	13.191	7,5%	0,2703	8.982.069	9.657	9.645	0,2865	0,3811	10.864.048
42704	zkT	Vogelsbergkreis	HE	3.473	4,9%	0,0655	2.176.565	2.640	2.793	0,0828		3.325.712
42708	gE	Wetteraukreis	HE	10.277	5,2%	0,1958	6.506.434	7.429	7.393	0,2204	0,2932	8.358.276
43102	zkT	Main-Kinzig-Kreis	HE	15.591	5,8%	0,3027	10.058.721	11.380	11.252	0,3376		13.559.907
43302	zkT	Hochtaunuskreis	HE	6.231	4,3%	0,1151	3.824.773	4.381	4.346	0,1299		5.217.512
43304	zkT	Main-Taunus-Kreis	HE	6.566	4,5%	0,1219	4.050.737	4.631	4.523	0,1373		5.514.737
43306	zkT	Groß-Gerau	HE	13.515	7,9%	0,2806	9.324.338	9.130	8.554	0,2708		10.876.845
43502	gE	Kassel, documenta-Stadt	HE	15.097	11,4%	0,3475	11.547.425	11.391	11.822	0,3507	0,4665	13.298.553
43504	gE	Kassel	HE	7.908	5,2%	0,1507	5.007.761	5.766	5.755	0,1710	0,2275	6.485.361
43520	gE	Werra-Meißner-Kreis	HE	5.109	7,8%	0,1056	3.509.088	3.827	3.904	0,1158	0,1541	4.392.941

Träger-Nr. der Statistik der Bundes- agentur für Arbeit (Stand: Juni 2013)	Träger- form ab 1.1.2014	Jobcenter (Stand: Juni 2013)	Land	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit voraussichtlicher Betrag: 3.323.000.000 € <sup>1) 2)</sup>				Verwaltungskosten voraussichtlicher Betrag: 4.016.560.097 € <sup>1) 3) 4)</sup>				
				Durch- schnitt der eLb 07/2012- 06/2013	Grundsiche- rungsquote bezogen auf Bevölkerung 15-65 (Stand: 31.12.2011)	Anteile in v.H.	vorläufige Anteile in Euro	Durch- schnitt der BG 07/2012- 06/2013	Durch- schnitt der BG 07/2011- 06/2012	Anteile <sup>5)</sup> zkT und BA in v.H.	Anteile <sup>6)</sup> BA in v.H.	vorläufige Anteile in Euro
43902	gE	Waldeck-Frankenberg	HE	5.591	5,4%	0,1071	3.558.933	4.226	4.311	0,1279	0,1701	4.849.054
43904	gE	Schwalm-Eder-Kreis	HE	6.103	5,1%	0,1160	3.854.680	4.505	4.608	0,1367	0,1819	5.185.438
44302	gE	Limburg-Weilburg	HE	7.500	6,7%	0,1500	4.984.500	5.309	5.336	0,1583	0,2106	6.003.591
44304	zkT	Lahn-Dill-Kreis	HE	11.546	7,0%	0,2331	7.745.913	8.351	8.202	0,2477		9.949.019
44702	zkT	Marburg-Biedenkopf	HE	8.681	5,0%	0,1644	5.463.012	6.594	6.805	0,2018		8.105.418
45108	zkT	Offenbach	HE	14.908	6,7%	0,2979	9.899.217	10.334	10.401	0,3086		12.395.104
45148	zkT	Offenbach am Main, Stadt	HE	12.535	15,0%	0,3177	10.557.171	8.690	8.379	0,2578		10.354.692
45902	zkT	Wiesbaden, Landeshauptstadt	HE	20.533	11,1%	0,4681	15.554.963	15.000	15.096	0,4478		17.986.156
45904	zkT	Rheingau-Taunus-Kreis	HE	4.986	4,2%	0,0916	3.043.868	3.579	3.598	0,1067		4.285.670
51102	gE	Bad Kreuznach	RP	7.700	7,6%	0,1584	5.263.632	5.655	5.619	0,1677	0,2231	6.359.930
51106	gE	Birkenfeld	RP	3.806	7,1%	0,0772	2.565.356	2.829	2.917	0,0865	0,1151	3.281.165
51110	gE	Rhein-Hunsrück-Kreis	RP	2.609	3,9%	0,0475	1.578.425	1.975	2.054	0,0609	0,0810	2.309.074
51502	gE	Donnersbergkreis	RP	2.930	5,9%	0,0570	1.894.110	2.140	2.096	0,0634	0,0843	2.403.147
51506	gE	Kaiserslautern, Stadt	RP	7.706	11,3%	0,1766	5.868.418	5.892	5.849	0,1747	0,2324	6.625.046
51510	gE	Kaiserslautern	RP	3.558	5,2%	0,0676	2.246.348	2.651	2.633	0,0786	0,1046	2.981.841
51516	gE	Pirmasens, Stadt	RP	3.823	15,1%	0,0971	3.226.633	2.831	2.831	0,0839	0,1116	3.181.390
51518	gE	Zweibrücken, Stadt	RP	1.824	8,3%	0,0383	1.272.709	1.366	1.400	0,0415	0,0552	1.573.591
51520	zkT	Südwestpfalz	RP	2.226	3,5%	0,0399	1.325.877	1.699	1.830	0,0542		2.176.976
51542	zkT	Kusel	RP	2.755	5,9%	0,0536	1.781.128	1.906	2.025	0,0600		2.409.936
51902	gE	Koblenz, Stadt	RP	6.385	9,1%	0,1376	4.572.448	4.679	4.809	0,1426	0,1897	5.407.793
51904	gE	Cochem-Zell	RP	1.474	3,7%	0,0266	883.918	1.101	1.103	0,0327	0,0435	1.240.058
51906	gE	Ahrweiler	RP	3.719	4,6%	0,0693	2.302.839	2.735	2.554	0,0811	0,1079	3.075.914
51908	zkT	Mayen-Koblenz	RP	7.816	5,6%	0,1511	5.021.053	5.709	5.825	0,1728		6.940.616
52302	gE	Vorderpfalz-Ludwigshafen	RP	22.352	8,3%	0,4694	15.598.162	15.865	15.685	0,4707	0,6262	17.851.134
52704	gE	Alzey-Worms	RP	3.660	4,3%	0,0676	2.246.348	2.615	2.632	0,0780	0,1038	2.959.035
52706	gE	Mainz, Stadt	RP	10.034	7,1%	0,2033	6.755.659	7.355	7.278	0,2182	0,2903	8.275.605
52710	gE	Worms, Stadt	RP	5.461	9,9%	0,1204	4.000.892	3.932	3.919	0,1166	0,1551	4.421.448
52744	zkT	Mainz-Bingen	RP	5.900	4,3%	0,1091	3.625.393	4.433	4.351	0,1315		5.281.777
53502	gE	Rhein-Lahn-Kreis	RP	3.806	4,8%	0,0714	2.372.622	2.876	2.989	0,0886	0,1179	3.360.985
53504	gE	Westerwaldkreis	RP	5.551	4,3%	0,1023	3.399.429	4.241	4.361	0,1293	0,1720	4.903.218
54302	gE	Germersheim	RP	4.016	4,7%	0,0752	2.498.896	2.933	2.986	0,0885	0,1177	3.355.283
54308	gE	Landau-Südliche Weinstraße	RP	4.179	4,1%	0,0766	2.545.418	3.157	3.175	0,0942	0,1253	3.571.937
54312	gE	Deutsche Weinstraße	RP	5.964	5,0%	0,1127	3.745.021	4.443	4.444	0,1318	0,1753	4.997.291
54702	gE	Altenkirchen (Westerwald)	RP	4.919	5,7%	0,0954	3.170.142	3.657	3.733	0,1107	0,1473	4.199.093
54708	gE	Neuwied	RP	7.495	6,4%	0,1486	4.937.978	5.424	5.524	0,1639	0,2180	6.214.544
55502	gE	Stadtverband Saarbrücken	SL	26.724	12,1%	0,6267	20.825.241	20.492	20.462	0,6079	0,8087	23.053.676
55514	gE	Neunkirchen	SL	7.566	8,5%	0,1598	5.310.154	5.673	5.625	0,1683	0,2239	6.382.735

Träger-Nr. der Statistik der Bundes- agentur für Arbeit (Stand: Juni 2013)	Träger- form ab 1.1.2014	Jobcenter (Stand: Juni 2013)	Land	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit voraussichtlicher Betrag: 3.323.000.000 € <sup>1) 2)</sup>				Verwaltungskosten voraussichtlicher Betrag: 4.016.560.097 € <sup>1) 3) 4)</sup>				
				Durch- schnitt der eLb 07/2012- 06/2013	Grundsiche- rungsquote bezogen auf Bevölkerung 15-65 (Stand: 31.12.2011)	Anteile in v.H.	vorläufige Anteile in Euro	Durch- schnitt der BG 07/2012- 06/2013	Durch- schnitt der BG 07/2011- 06/2012	Anteile <sup>5)</sup> zkT und BA in v.H.	Anteile <sup>6)</sup> BA in v.H.	vorläufige Anteile in Euro
55516	zkT	St. Wendel	SL	2.829	4,7%	0,0530	1.761.190	2.158	2.175	0,0645		2.590.681
55518	zkT	Saarpfalz-Kreis	SL	5.652	5,8%	0,1097	3.645.331	4.158	4.135	0,1233		4.952.419
55520	gE	Merzig-Wadern	SL	3.270	4,7%	0,0612	2.033.676	2.448	2.509	0,0744	0,0990	2.822.201
55522	zkT	Saarlouis	SL	8.625	6,4%	0,1710	5.682.330	6.485	6.153	0,1923		7.723.845
56302	gE	Bernkastel-Wittlich	RP	2.333	3,2%	0,0414	1.375.722	1.784	1.789	0,0530	0,0705	2.009.749
56304	gE	Bitburg-Prüm	RP	1.580	2,6%	0,0274	910.502	1.200	1.210	0,0359	0,0478	1.362.638
56306	gE	Trier, Stadt	RP	4.513	6,1%	0,0884	2.937.532	3.458	3.576	0,1061	0,1411	4.022.349
56308	gE	Trier-Saarburg	RP	2.440	2,6%	0,0423	1.405.629	1.839	1.795	0,0545	0,0725	2.066.763
56310	zkT	Vulkaneifel	RP	1.718	4,4%	0,0318	1.056.714	1.245	1.278	0,0379		1.522.276
61108	gE	Heidenheim	BW	3.824	4,5%	0,0712	2.365.976	2.855	2.888	0,0856	0,1139	3.246.956
61146	zkT	Ostalbkreis	BW	6.968	3,4%	0,1247	4.143.781	5.269	5.370	0,1593		6.398.380
61402	gE	Zollernalbkreis	BW	4.737	3,9%	0,0861	2.861.103	3.564	3.576	0,1060	0,1410	4.019.498
61406	gE	Sigmaringen	BW	2.819	3,3%	0,0502	1.668.146	2.093	2.122	0,0629	0,0837	2.386.043
61702	gE	Breisgau-Hochschwarzwald	BW	5.262	3,2%	0,0934	3.103.682	4.046	4.152	0,1231	0,1638	4.669.460
61704	gE	Emmendingen	BW	3.341	3,2%	0,0593	1.970.539	2.522	2.540	0,0753	0,1002	2.856.409
61706	gE	Freiburg im Breisgau, Stadt	BW	11.200	6,8%	0,2249	7.473.427	8.573	8.774	0,2603	0,3463	9.872.002
62102	gE	Esslingen	BW	14.051	4,1%	0,2580	8.573.340	10.311	10.651	0,3160	0,4204	11.984.377
62106	gE	Göppingen	BW	7.574	4,6%	0,1413	4.695.399	5.617	5.519	0,1666	0,2216	6.317.169
62402	gE	Heidelberg, Stadt	BW	5.260	4,8%	0,0989	3.286.447	4.100	4.229	0,1254	0,1668	4.754.981
62404	gE	Rhein-Neckar-Kreis	BW	15.868	4,4%	0,2945	9.786.235	11.659	11.534	0,3459	0,4602	13.118.958
62702	gE	Heilbronn, Stadt	BW	5.584	6,8%	0,1120	3.721.760	4.155	4.101	0,1232	0,1639	4.672.311
62704	gE	Heilbronn	BW	7.298	3,3%	0,1301	4.323.223	5.501	5.544	0,1644	0,2187	6.234.499
63102	gE	Karlsruhe, Stadt	BW	13.880	6,8%	0,2782	9.244.586	10.928	10.957	0,3250	0,4324	12.326.462
63108	gE	Karlsruhe	BW	8.696	3,0%	0,1534	5.097.482	6.459	6.552	0,1943	0,2585	7.369.080
63120	gE	Baden-Baden, Stadt	BW	1.935	5,7%	0,0375	1.246.125	1.505	1.568	0,0465	0,0619	1.764.588
63122	gE	Rastatt	BW	5.333	3,6%	0,0959	3.186.757	3.990	4.153	0,1232	0,1639	4.672.311
63402	gE	Konstanz	BW	7.768	4,2%	0,1427	4.741.921	5.948	6.084	0,1805	0,2401	6.844.550
63404	zkT	Bodenseekreis	BW	3.434	2,5%	0,0594	1.973.862	2.743	2.867	0,0850		3.414.076
63408	zkT	Ravensburg	BW	5.435	2,9%	0,0956	3.176.788	4.255	4.190	0,1262		5.068.899
63702	gE	Lörrach	BW	6.380	4,3%	0,1179	3.917.817	4.750	5.010	0,1486	0,1977	5.635.850
63704	zkT	Waldshut	BW	3.507	3,2%	0,0624	2.073.552	2.664	2.883	0,0855		3.434.159
64148	zkT	Ludwigsburg	BW	13.451	3,9%	0,2450	8.141.350	10.009	9.835	0,2969		11.925.167
64402	gE	Mannheim, Universitätsstadt	BW	19.274	8,9%	0,4128	13.717.344	14.375	14.274	0,4264	0,5673	16.172.067
64702	gE	Calw	BW	3.264	3,2%	0,0579	1.924.017	2.495	2.439	0,0740	0,0984	2.805.097
64708	gE	Freudenstadt	BW	2.365	3,0%	0,0417	1.385.691	1.778	1.734	0,0527	0,0701	1.998.346
64710	zkT	Pforzheim, Stadt	BW	7.172	9,1%	0,1543	5.127.389	5.342	5.396	0,1600		6.426.496
64712	zkT	Enzkreis	BW	2.929	2,3%	0,0503	1.671.469	2.198	2.260	0,0670		2.691.095

Träger-Nr. der Statistik der Bundes- agentur für Arbeit (Stand: Juni 2013)	Träger- form ab 1.1.2014	Jobcenter (Stand: Juni 2013)	Land	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit voraussichtlicher Betrag: 3.323.000.000 € <sup>1) 2)</sup>				Verwaltungskosten voraussichtlicher Betrag: 4.016.560.097 € <sup>1) 3) 4)</sup>				
				Durch- schnitt der eLb 07/2012- 06/2013	Grundsiche- rungsquote bezogen auf Bevölkerung 15-65 (Stand: 31.12.2011)	Anteile in v.H.	vorläufige Anteile in Euro	Durch- schnitt der BG 07/2012- 06/2013	Durch- schnitt der BG 07/2011- 06/2012	Anteile <sup>5)</sup> zkT und BA in v.H.	Anteile <sup>6)</sup> BA in v.H.	vorläufige Anteile in Euro
65106	zkT	Ortenaukreis	BW	10.715	3,9%	0,1950	6.479.850	7.828	7.888	0,2340		9.398.751
66402	gE	Reutlingen	BW	7.735	4,2%	0,1422	4.725.306	5.775	5.811	0,1724	0,2293	6.536.674
66404	gE	Tübingen	BW	4.957	3,2%	0,0879	2.920.917	3.848	3.881	0,1151	0,1531	4.364.434
67102	gE	Rems-Murr-Kreis	BW	12.083	4,4%	0,2242	7.450.166	9.115	9.266	0,2749	0,3657	10.425.039
67402	gE	Hohenlohekreis	BW	1.824	2,5%	0,0315	1.046.745	1.388	1.374	0,0411	0,0547	1.559.337
67404	gE	Schwäbisch Hall	BW	4.091	3,2%	0,0727	2.415.821	3.148	3.199	0,0949	0,1262	3.597.594
67408	gE	Neckar-Odenwald-Kreis	BW	3.296	3,4%	0,0589	1.957.247	2.430	2.506	0,0743	0,0988	2.816.500
67410	gE	Main-Tauber-Kreis	BW	2.682	3,1%	0,0474	1.575.102	2.010	2.014	0,0597	0,0794	2.263.462
67704	gE	Böblingen	BW	8.942	3,7%	0,1614	5.363.322	6.410	6.607	0,1960	0,2607	7.431.796
67748	zkT	Stuttgart, Landeshauptstadt	BW	27.570	6,5%	0,5481	18.213.363	20.940	20.884	0,6212		24.950.871
68402	gE	Ulm, Universitätsstadt	BW	3.898	4,6%	0,0727	2.415.821	2.997	2.986	0,0889	0,1183	3.372.388
68404	gE	Alb-Donau-Kreis	BW	2.732	2,2%	0,0467	1.551.841	2.013	1.988	0,0597	0,0794	2.263.462
68410	zkT	Biberach	BW	2.574	2,0%	0,0438	1.455.474	2.013	1.987	0,0597		2.397.886
68702	gE	Schwarzwald-Baar-Kreis	BW	5.115	3,9%	0,0929	3.087.067	3.939	4.008	0,1189	0,1582	4.509.820
68706	zkT	Tuttlingen	BW	2.918	3,3%	0,0520	1.727.960	2.170	2.190	0,0649		2.606.748
68708	gE	Rottweil	BW	2.586	2,9%	0,0453	1.505.319	1.982	1.948	0,0588	0,0782	2.229.254
71102	gE	Ansbach, Stadt	BY	1.602	6,1%	0,0314	1.043.422	1.252	1.271	0,0376	0,0500	1.425.354
71108	gE	Weißenburg-Gunzenhausen	BY	1.705	2,8%	0,0298	990.254	1.295	1.357	0,0402	0,0535	1.525.129
71110	gE	Roth	BY	1.670	2,0%	0,0284	943.732	1.303	1.298	0,0386	0,0514	1.465.264
71146	zkT	Ansbach	BY	2.340	2,0%	0,0396	1.315.908	1.752	1.755	0,0520		2.088.611
71502	gE	Aschaffenburg, Stadt	BY	3.480	7,6%	0,0715	2.375.945	2.691	2.662	0,0798	0,1062	3.027.452
71504	gE	Aschaffenburg	BY	2.849	2,5%	0,0492	1.634.916	2.180	2.140	0,0646	0,0859	2.448.758
71506	gE	Miltenberg	BY	2.600	3,1%	0,0459	1.525.257	1.922	1.921	0,0570	0,0758	2.160.837
72302	gE	Bayreuth, Stadt	BY	3.515	7,0%	0,0709	2.356.007	2.686	2.723	0,0807	0,1074	3.061.660
72304	gE	Bayreuth	BY	1.864	2,7%	0,0324	1.076.652	1.462	1.495	0,0443	0,0589	1.679.067
72306	gE	Kulmbach	BY	2.180	4,5%	0,0405	1.345.815	1.701	1.767	0,0524	0,0697	1.986.944
72308	gE	Hof, Stadt	BY	3.220	11,0%	0,0732	2.432.436	2.449	2.499	0,0741	0,0986	2.810.798
72310	gE	Hof	BY	2.735	4,4%	0,0506	1.681.438	2.050	2.093	0,0620	0,0825	2.351.834
72312	gE	Fichtelgebirge	BY	3.020	6,3%	0,0597	1.983.831	2.261	2.385	0,0707	0,0941	2.682.516
72702	gE	Coburg, Stadt	BY	2.072	7,8%	0,0428	1.422.244	1.571	1.618	0,0479	0,0637	1.815.901
72704	gE	Coburg	BY	1.991	3,5%	0,0356	1.182.988	1.527	1.529	0,0453	0,0603	1.718.977
72706	gE	Kronach	BY	1.375	3,0%	0,0242	804.166	1.091	1.122	0,0332	0,0442	1.260.013
72708	gE	Lichtenfels	BY	1.544	3,4%	0,0276	917.148	1.188	1.279	0,0379	0,0504	1.436.757
72710	gE	Bamberg, Stadt	BY	2.554	5,4%	0,0490	1.628.270	2.021	2.092	0,0620	0,0825	2.351.834
72712	gE	Bamberg	BY	1.763	1,8%	0,0297	986.931	1.375	1.399	0,0414	0,0551	1.570.740
72714	gE	Forchheim	BY	1.913	2,5%	0,0331	1.099.913	1.491	1.510	0,0448	0,0596	1.699.022
72902	gE	Fürth, Stadt	BY	6.426	8,1%	0,1344	4.466.112	4.723	4.809	0,1426	0,1897	5.407.793

Träger-Nr. der Statistik der Bundes- agentur für Arbeit (Stand: Juni 2013)	Träger- form ab 1.1.2014	Jobcenter (Stand: Juni 2013)	Land	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit voraussichtlicher Betrag: 3.323.000.000 € <sup>1) 2)</sup>				Verwaltungskosten voraussichtlicher Betrag: 4.016.560.097 € <sup>1) 3) 4)</sup>				
				Durch- schnitt der eLb 07/2012- 06/2013	Grundsiche- rungsquote bezogen auf Bevölkerung 15-65 (Stand: 31.12.2011)	Anteile in v.H.	vorläufige Anteile in Euro	Durch- schnitt der BG 07/2012- 06/2013	Durch- schnitt der BG 07/2011- 06/2012	Anteile <sup>5)</sup> zkT und BA in v.H.	Anteile <sup>6)</sup> BA in v.H.	vorläufige Anteile in Euro
72904	gE	Fürth, Land	BY	1.998	2,6%	0,0347	1.153.081	1.549	1.528	0,0459	0,0611	1.741.783
72906	zkT	Erlangen, Stadt	BY	3.012	4,2%	0,0553	1.837.619	2.361	2.355	0,0700		2.811.592
72908	gE	Erlangen-Höchststadt	BY	1.375	1,6%	0,0229	760.967	1.096	1.114	0,0330	0,0439	1.251.461
72910	gE	Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim	BY	1.508	2,3%	0,0259	860.657	1.161	1.197	0,0355	0,0472	1.345.534
73514	gE	Nürnberg, Stadt	BY	32.677	9,5%	0,7128	23.686.344	24.841	25.249	0,7491	0,9966	28.410.157
73522	gE	Nürnberger Land	BY	2.513	2,3%	0,0432	1.435.536	1.997	1.968	0,0592	0,0788	2.246.358
73524	gE	Schwabach, Stadt	BY	1.395	5,5%	0,0268	890.564	1.038	1.021	0,0308	0,0410	1.168.790
73902	gE	Neumarkt i.d. OPf	BY	1.376	1,6%	0,0230	764.290	1.081	1.073	0,0320	0,0426	1.214.402
73904	gE	Regensburg, Stadt	BY	5.703	6,0%	0,1115	3.705.145	4.675	4.816	0,1428	0,1900	5.416.345
73906	gE	Regensburg	BY	2.569	2,0%	0,0437	1.452.151	1.978	1.985	0,0588	0,0782	2.229.254
73908	gE	Kelheim	BY	1.172	1,5%	0,0195	647.985	930	945	0,0280	0,0372	1.060.463
74302	gE	Amberg-Sulzbach	BY	3.542	3,6%	0,0638	2.120.074	2.752	2.850	0,0845	0,1124	3.204.196
74306	gE	Cham	BY	1.572	1,8%	0,0265	880.595	1.234	1.186	0,0365	0,0486	1.385.444
74308	gE	Schwandorf	BY	2.477	2,6%	0,0430	1.428.890	1.953	1.916	0,0579	0,0770	2.195.045
74702	gE	Bad Kissingen	BY	2.232	3,3%	0,0398	1.322.554	1.723	1.838	0,0545	0,0725	2.066.763
74704	gE	Haßberge	BY	1.415	2,5%	0,0244	810.812	1.130	1.148	0,0340	0,0452	1.288.520
74706	gE	Rhön-Grabfeld	BY	1.348	2,5%	0,0233	774.259	1.021	1.077	0,0319	0,0424	1.208.700
74708	zkT	Schweinfurt, Stadt	BY	3.658	10,8%	0,0826	2.744.798	2.784	2.828	0,0839		3.369.894
74710	gE	Schweinfurt	BY	1.507	2,0%	0,0256	850.688	1.171	1.197	0,0355	0,0472	1.345.534
75102	gE	Neustadt-Weiden	BY	4.566	4,9%	0,0862	2.864.426	3.515	3.575	0,1060	0,1410	4.019.498
75104	gE	Tirschenreuth	BY	1.767	3,6%	0,0318	1.056.714	1.388	1.464	0,0434	0,0577	1.644.859
75902	gE	Kitzingen	BY	1.557	2,6%	0,0270	897.210	1.201	1.250	0,0370	0,0492	1.402.548
75906	gE	Würzburg, Stadt	BY	4.973	5,2%	0,0947	3.146.881	3.955	4.019	0,1192	0,1586	4.521.223
75908	zkT	Würzburg	BY	2.189	2,0%	0,0372	1.236.156	1.723	1.781	0,0528		2.120.744
75910	gE	Main-Spessart	BY	1.621	1,9%	0,0274	910.502	1.301	1.339	0,0397	0,0528	1.505.174
81102	gE	Aichach-Friedberg	BY	1.405	1,6%	0,0235	780.905	1.083	1.172	0,0347	0,0462	1.317.027
81104	gE	Augsburg, Stadt	BY	12.648	7,1%	0,2561	8.510.203	9.905	10.528	0,3123	0,4155	11.844.692
81110	gE	Augsburg	BY	3.693	2,3%	0,0635	2.110.105	2.847	2.941	0,0872	0,1160	3.306.821
81502	gE	Deggendorf	BY	2.798	3,5%	0,0502	1.668.146	2.225	2.301	0,0682	0,0907	2.585.592
81504	gE	Regen	BY	1.396	2,7%	0,0243	807.489	1.128	1.168	0,0346	0,0460	1.311.326
81512	gE	Straubing-Bogen	BY	3.443	3,6%	0,0620	2.060.260	2.660	2.593	0,0789	0,1050	2.993.243
81904	gE	Dillingen a.d. Donau	BY	1.448	2,3%	0,0249	827.427	1.118	1.198	0,0355	0,0472	1.345.534
81906	gE	Donau-Ries	BY	1.281	1,5%	0,0213	707.799	1.025	1.074	0,0318	0,0423	1.205.850
81910	zkT	Günzburg	BY	1.789	2,2%	0,0306	1.016.838	1.335	1.340	0,0397		1.594.574
81912	gE	Neu-Ulm	BY	3.578	3,2%	0,0636	2.113.428	2.813	2.852	0,0846	0,1125	3.207.047
82302	gE	Erding	BY	1.525	1,7%	0,0256	850.688	1.222	1.272	0,0377	0,0502	1.431.055
82304	gE	Freising	BY	1.492	1,3%	0,0246	817.458	1.180	1.172	0,0350	0,0466	1.328.430

Träger-Nr. der Statistik der Bundes- agentur für Arbeit (Stand: Juni 2013)	Träger- form ab 1.1.2014	Jobcenter (Stand: Juni 2013)	Land	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit voraussichtlicher Betrag: 3.323.000.000 € <sup>1) 2)</sup>				Verwaltungskosten voraussichtlicher Betrag: 4.016.560.097 € <sup>1) 3) 4)</sup>				
				Durch- schnitt der eLb 07/2012- 06/2013	Grundsiche- rungsquote bezogen auf Bevölkerung 15-65 (Stand: 31.12.2011)	Anteile in v.H.	vorläufige Anteile in Euro	Durch- schnitt der BG 07/2012- 06/2013	Durch- schnitt der BG 07/2011- 06/2012	Anteile <sup>5)</sup> zkT und BA in v.H.	Anteile <sup>6)</sup> BA in v.H.	vorläufige Anteile in Euro
82306	gE	Dachau	BY	1.768	1,9%	0,0298	990.254	1.378	1.440	0,0427	0,0568	1.619.202
82308	gE	Ebersberg	BY	1.288	1,5%	0,0214	711.122	1.020	1.081	0,0320	0,0426	1.214.402
82702	gE	Eichstätt	BY	754	0,9%	0,0122	405.406	601	636	0,0188	0,0250	712.677
82706	gE	Neuburg-Schrobenhausen	BY	1.148	1,9%	0,0194	644.662	884	915	0,0271	0,0361	1.029.106
82708	gE	Pfaffenhofen a.d. Ilm	BY	956	1,2%	0,0157	521.711	776	835	0,0247	0,0329	937.883
82746	zkT	Ingolstadt, Stadt	BY	3.873	4,5%	0,0721	2.395.883	3.012	3.111	0,0923		3.707.285
83104	gE	Kempten (Allgäu), Stadt	BY	2.035	5,1%	0,0386	1.282.678	1.645	1.643	0,0487	0,0648	1.847.259
83106	gE	Lindau (Bodensee)	BY	1.281	2,5%	0,0221	734.383	1.015	1.028	0,0304	0,0404	1.151.686
83110	gE	Ostallgäu	BY	1.377	1,6%	0,0230	764.290	1.124	1.159	0,0343	0,0456	1.299.923
83112	gE	Memmingen, Stadt	BY	940	3,5%	0,0169	561.587	776	808	0,0239	0,0318	906.525
83114	gE	Unterallgäu	BY	1.028	1,2%	0,0169	561.587	841	857	0,0254	0,0338	963.539
83142	zkT	Oberallgäu	BY	1.970	2,0%	0,0335	1.113.205	1.661	1.689	0,0501		2.012.297
83148	zkT	Kaufbeuren, Stadt	BY	1.671	6,3%	0,0329	1.093.267	1.324	1.414	0,0419		1.682.939
83502	gE	Dingolfing-Landau	BY	1.120	1,8%	0,0188	624.724	895	899	0,0266	0,0354	1.009.151
83504	gE	Landshut, Stadt	BY	2.130	5,0%	0,0403	1.339.169	1.764	1.767	0,0524	0,0697	1.986.944
83506	gE	Landshut	BY	1.626	1,6%	0,0272	903.856	1.267	1.261	0,0375	0,0499	1.422.503
83510	gE	Rottal-Inn	BY	1.924	2,5%	0,0333	1.106.559	1.471	1.524	0,0452	0,0601	1.713.276
84308	gE	München, Landeshauptstadt	BY	51.438	5,4%	0,9847	32.721.581	40.023	40.760	1,2093	1,6088	45.862.191
84358	zkT	München	BY	4.543	2,1%	0,0776	2.578.648	3.447	3.506	0,1040		4.177.223
84702	gE	Freyung-Grafenau	BY	1.181	2,2%	0,0202	671.246	942	1.000	0,0296	0,0394	1.123.179
84704	gE	Passau, Stadt	BY	1.892	5,5%	0,0364	1.209.572	1.525	1.545	0,0458	0,0609	1.736.081
84706	gE	Passau	BY	3.584	2,9%	0,0629	2.090.167	2.747	2.874	0,0852	0,1133	3.229.852
85502	gE	Bad Tölz-Wolfratshausen	BY	2.089	2,6%	0,0363	1.206.249	1.667	1.672	0,0496	0,0660	1.881.467
85504	zkT	Miesbach	BY	1.130	1,8%	0,0190	631.370	940	962	0,0285		1.144.720
85506	gE	Rosenheim, Stadt	BY	2.238	5,5%	0,0429	1.425.567	1.752	1.751	0,0519	0,0690	1.966.989
85508	gE	Rosenheim	BY	3.385	2,1%	0,0576	1.914.048	2.754	2.890	0,0857	0,1140	3.249.807
85902	gE	Berchtesgadener Land	BY	1.737	2,6%	0,0302	1.003.546	1.438	1.444	0,0428	0,0569	1.622.053
85904	gE	Traunstein	BY	2.769	2,5%	0,0479	1.591.717	2.216	2.311	0,0685	0,0911	2.596.995
85906	gE	Altötting	BY	2.328	3,3%	0,0415	1.379.045	1.854	1.868	0,0554	0,0737	2.100.972
85908	gE	Mühldorf am Inn	BY	2.572	3,5%	0,0462	1.535.226	2.013	2.052	0,0608	0,0809	2.306.223
86302	gE	Garmisch-Partenkirchen	BY	1.595	2,9%	0,0280	930.440	1.292	1.289	0,0383	0,0510	1.453.861
86304	gE	Landsberg am Lech	BY	1.393	1,8%	0,0235	780.905	1.079	1.043	0,0320	0,0426	1.214.402
86306	gE	Weilheim-Schongau	BY	2.197	2,6%	0,0381	1.266.063	1.742	1.666	0,0516	0,0686	1.955.586
86308	gE	Fürstenfeldbruck	BY	4.226	3,2%	0,0749	2.488.927	3.237	3.205	0,0960	0,1277	3.640.354
86310	gE	Starnberg	BY	1.695	2,1%	0,0288	957.024	1.387	1.378	0,0411	0,0547	1.559.337
92202	gE	Neukölln	BE	56.008	25,4%	1,7934	59.594.682	40.043	40.895	1,2133	1,6141	46.013.279
92204	gE	Treptow-Köpenick	BE	20.125	12,8%	0,4809	15.980.307	16.425	16.613	0,4928	0,6556	18.689.242



Träger-Nr. der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Stand: Juni 2013)	Trägerform ab 1.1.2014	Jobcenter (Stand: Juni 2013)	Land	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit voraussichtlicher Betrag: 3.323.000.000 € <sup>1) 2)</sup>				Verwaltungskosten voraussichtlicher Betrag: 4.016.560.097 € <sup>1) 3) 4)</sup>				
				Durchschnitt der eLb 07/2012-06/2013	Grundsicherungsquote bezogen auf Bevölkerung 15-65 (Stand: 31.12.2011)	Anteile in v.H.	vorläufige Anteile in Euro	Durchschnitt der BG 07/2012-06/2013	Durchschnitt der BG 07/2011-06/2012	Anteile <sup>5)</sup> zKT und BA in v.H.	Anteile <sup>6)</sup> BA in v.H.	vorläufige Anteile in Euro
92208	gE	Steglitz-Zehlendorf	BE	17.126	9,1%	0,3688	12.255.224	13.532	14.142	0,4195	0,5581	15.909.802
92210	gE	Tempelhof-Schöneberg	BE	36.882	16,2%	0,9616	31.953.968	27.715	28.299	0,8396	1,1169	31.839.558
95502	gE	Charlottenburg-Wilmersdorf	BE	28.108	12,9%	0,6740	22.397.020	22.292	23.060	0,6841	0,9101	25.944.294
95504	gE	Pankow	BE	30.339	11,3%	0,6970	23.161.310	25.973	26.974	0,8002	1,0645	30.345.787
95506	gE	Reinickendorf	BE	29.073	18,9%	0,8087	26.873.101	21.481	21.257	0,6373	0,8478	24.168.303
95508	gE	Spandau	BE	32.776	22,1%	0,9788	32.525.524	24.145	24.088	0,7163	0,9529	27.164.397
96202	gE	Friedrichshain-Kreuzberg	BE	41.704	19,5%	1,1777	39.134.971	31.009	32.121	0,9530	1,2678	36.141.277
96204	gE	Mitte	BE	59.665	23,9%	1,8523	61.551.929	42.753	43.535	1,2916	1,7183	48.983.717
96206	gE	Marzahn-Hellersdorf	BE	35.607	19,8%	1,0115	33.612.145	27.369	27.745	0,8231	1,0950	31.215.253
96208	gE	Lichtenberg	BE	31.672	17,5%	0,8523	28.321.929	25.129	25.485	0,7561	1,0059	28.675.272
		Bundesagentur für Arbeit (nachrichtlich)								75,1690		

eLb erwerbsfähige Leistungsberechtigte  
 BG Bedarfsgemeinschaft  
 gE gemeinsame Einrichtung  
 zKT zugelassener kommunaler Träger

<sup>1)</sup> Basis: erster Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2014

<sup>2)</sup> nach Abzug der geplanten Mittel für:

- die Bundesprogramme "Beschäftigungspakte für Ältere", "Bürgerarbeit" und das geplante ESF-Bundesprogramm zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit in Höhe von voraussichtlich insgesamt 510.000 T€
- die Ausfinanzierung von Leistungen zur Beschäftigungsförderung nach § 16e SGB II in der bis zum 31.03.2012 geltenden Fassung in Höhe von voraussichtlich 70.000 T € (Stand: Oktober 2013)

<sup>3)</sup> nach Abzug der geplanten Mittel für:

- den Dienstleister und die kommunikative Begleitung für die Umsetzung des Bundesprogramms Perspektive 50plus - Beschäftigungspakte in den Regionen in Höhe von voraussichtlich 3.200 T €
- überregionale und regionale Sonderbedarfe in Höhe von voraussichtlich 2.532 T€,
- Leistungen der Statistik in Höhe von voraussichtlich 21.000 T€
- den automatisierten Datenabgleich in Höhe von 107.903 €
- die Erstattung der Kosten für die Einschaltung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung gemäß § 56 Absatz 2 SGB II in Höhe von voraussichtlich 2.000 T €
- das Fachverfahren zur internen Steuerung der Jobcenter in Höhe von voraussichtlich 600.000 €,

<sup>4)</sup> vor Abzug der Mittel für überörtliche Leistungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit (Anmeldung: 168.500 T€)

<sup>5)</sup> Verteilung auf die zugelassenen kommunalen Träger bzw. die Bundesagentur für Arbeit

<sup>6)</sup> Verteilung der auf die Bundesagentur für Arbeit entfallenden Verwaltungsmittel (nach Abzug der Mittel für überörtlich wahrzunehmende Verwaltungsaufgaben der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit)



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales



DEUTSCHER  
LANDKREISTAG



DStGB  
Deutscher Städte-  
und Gemeindebund



Bundesagentur für Arbeit

Anlage 3

zum „Gemeinsamen Planungsdokument“

# Leitfaden der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Steuerung SGB II für die dezentrale Zielplanung 2014

---

Gibt Empfehlungen und Anregungen für die dezentrale  
Planung 2014

---

Dient zur lokalen Einschätzung der Entwicklung der Kun-  
denstruktur

---

Unterstützt bei der Einschätzung der lokalen Konjunktur-  
und Arbeitsmarktentwicklung

---

Fördert ein einheitliches, abgestimmtes und systemati-  
sches Planungsverständnis

---

## Inhalt

<b>1</b>	<b>Allgemeine Erläuterungen</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Analyse der örtlichen Rahmenbedingungen</b>	<b>4</b>
2.1	Entwicklung der Konjunktur und Arbeitsmarktentwicklung	4
2.2	Entwicklung der Kundenstruktur	4
2.3	Finanzielle und personelle Ausstattung des Jobcenters	4
<b>3</b>	<b>Ziele und Strategien des Jobcenters in Bezug auf die arbeitsmarktpolitischen Instrumente</b>	<b>5</b>
<b>4</b>	<b>Organisatorische Veränderungen mit Auswirkungen auf die Leistungen und Ergebnisse</b>	<b>5</b>
<b>5</b>	<b>Analyse der Zielerreichung im Jahr 2013</b>	<b>6</b>
<b>6</b>	<b>Angebotswerte</b>	<b>6</b>

## 1 Allgemeine Erläuterungen

Der Planungsprozess im SGB II für Ziel 2 und Ziel 3 für das Jahr 2014 wird in einem dezentralen Verfahren durchgeführt. Für die Planung realistischer und ambitionierter Zielwerte der Jobcenter ist intensive Analyse zahlreicher relevanter Kriterien unerlässlich. Dieser Leitfaden gibt Hinweise und Anregungen für Ihren lokalen Planungsprozess zu verschiedenen Fragestellungen, insbesondere

1. Welche Schlussfolgerungen werden aus der Analyse der örtlichen Rahmenbedingungen für das Planungsjahr gezogen?
2. Welche Schlussfolgerungen werden aus den Ergebnissen im laufenden Jahr für das Planungsjahr gezogen?
3. Welche strategischen Ziele setzt sich das Jobcenter für 2014?

Zu den benannten Fragestellungen hat die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Steuerung SGB II jeweils mehrere Leitfragen entwickelt und beispielhaft Aspekte benannt, die bei der Beantwortung dieser Leitfragen berücksichtigt werden können. Weder die o. g. Fragestellungen, noch die im Folgenden formulierten Leitfragen und Beispiele sind abschließend; sie können seitens der Länder bzw. der Bundesagentur für Arbeit erweitert bzw. angepasst werden.

Bestandteil des neuen Verfahrens ist, dass die Angebotswerte begründet werden.

Im „Gemeinsamen Planungsdokument“ der Bund-Länder-Arbeitsgruppe (BLAG) Steuerung SGB II wird auf Planungshilfen (wie Prognosen und Daten zu den allgemeinen Rahmenbedingungen im Jahr 2014 und eine Einschätzung der BLAG zu Richtung und Stärke der Entwicklung von erwerbsfähige Leistungsberechtigten (eLb) und Langzeitleistungsbezieher (LZB) auf Bundesebene) verwiesen.

Die zu erwartenden Mittel und ihre Verteilung für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und für Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2014 ergibt sich aus Anlage 2 zum „Gemeinsamen Planungsdokument“.

Dieser Leitfaden soll ein einheitliches, abgestimmtes und systematisches Planungsverständnis bei allen Partnern (Jobcenter, Länder, Bundesagentur für Arbeit und Bundesministerium für Arbeit und Soziales) fördern.

## **2 Analyse der örtlichen Rahmenbedingungen**

### **2.1 Entwicklung der Konjunktur und Arbeitsmarktentwicklung**

Leitfrage:

*Wie wird sich die konjunkturelle Prognose auf den örtlichen Arbeitsmarkt, insbesondere die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für Arbeitsuchende aus dem SGB II auswirken?*

Relevante Aspekte könnten hier sein:

- Erwartete regionale Wirtschaftsentwicklung
- Erwartete Entwicklung am regionalen Arbeitsmarkt
- Erwartete Entwicklung regionaler Schwerpunkt-Branchen

### **2.2 Entwicklung der Kundenstruktur**

Leitfrage:

*Welche Schlussfolgerungen werden aus der Analyse der Entwicklungen/des Bestands der eLb/LZB für das Planungsjahr gezogen? Welche Entwicklung wird im Hinblick auf die Zahl der Leistungsberechtigten erwartet?*

Relevante Aspekte könnten hier sein

- Bestandsanalyse (z. B. Altersstruktur, Geschlecht, Alleinerziehende, erwerbstätige eLb; Aufstocker u. ä.)

### **2.3 Finanzielle und personelle Ausstattung des Jobcenters**

Leitfrage:

*Welche Auswirkungen hat die voraussichtliche Finanzausstattung auf die personelle Ausstattung im Planungsjahr?*

Relevante Aspekte könnten hier sein:

- Sind Umschichtungen geplant? Wenn ja, in welchem Umfang?
- Welche Personalressourcen stehen im Planungsjahr zur Verfügung?
- Sind gravierende personelle Veränderungen zu erwarten?

### **3 Ziele und Strategien des Jobcenters in Bezug auf die arbeitsmarktpolitischen Instrumente**

#### Leitfragen:

*Welche Ziele und Strategien verfolgt das Jobcenter im Planungsjahr? Mit welchen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten werden am ehesten Erfolge im Hinblick auf Ziel 2 und Ziel 3 erwartet?*

#### Relevante Aspekte könnten hier sein:

- Welche erfolgreichen Strategien werden im Planungsjahr fortgeführt?
- Prozentuale Anteile der einzelnen Bereiche des geplanten Maßnahmemixes?
- Gibt es erfolgreiche Strategien/Maßnahmen, die im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr fortgeführt werden?
- Welche neuen Schwerpunktsetzungen sind geplant?
- Welche Personengruppen stehen im Fokus?
- Welche Betreuungsstrategien sind geplant (besondere Betreuungsschlüssel)?
- Welche Eingliederungsstrategien sollen entwickelt werden?

#### Hinweis:

Bei Aufnahme von Elementen des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms ist in den gemeinsamen Einrichtungen an die Beteiligung des kommunalen Trägers (Abstimmung in der Trägerversammlung nach § 44 c SGB II) zu denken.

### **4 Organisatorische Veränderungen mit Auswirkungen auf die Leistungen und Ergebnisse**

#### Relevante Aspekte könnten hier sein:

- Werden (weitere) Optimierungspotenziale hinsichtlich der Organisation bzw. der Prozesse gesehen?
- Sind Veränderungen der internen Organisation geplant? Welche?
- Sind Veränderungen der Prozesse geplant?

## 5 Analyse der Zielerreichung im Jahr 2013

### Leitfrage:

Welche Schlussfolgerungen werden aus den Ergebnissen im laufenden Jahr für das Planungsjahr gezogen?

### Relevante Aspekte könnten hier sein:

- Wie ist die Entwicklung bei den Kennzahlen und Ergänzungsgrößen verlaufen und wohin geht der Trend?
- Welche Ergebnisse wurden bei den vereinbarten Zielen bis Oktober 2013 erreicht und werden bis zum Jahresende prognostiziert?
- Was waren/sind die Ursachen für diese Ergebnisse?
- Wo steht das Jobcenter mit diesen Ergebnissen innerhalb seines Vergleichstyps (und im Vergleich mit seinen fünf „nächsten Nachbarn“)?

## 6 Angebotswerte

### Leitfrage:

Welche Angebotswerte ergeben sich aus den beschriebenen Rahmenbedingungen, den vorgenommenen Analysen und den geplanten Strategien?

**Für Ziel 2** wird ein Zielwert vereinbart, der die Veränderungsrate der Kennzahl des Steuerungsziels beschreibt. Der Zielwert für Ziel 2 stellt somit die angestrebte prozentuale Veränderung der Integrationsquote bis zum Monat Dezember 2014 (im JFW) im Vergleich zur Integrationsquote bis zum Dezember 2013 (ebenfalls im JFW) dar.

$$\text{Veränderung der Integrationsquote in \%} = \left[ \frac{\text{Integrationsquote 2014 (Jan. 2014 bis Dez. 2014)}}{\text{Integrationsquote 2013 (Jan. 2013 bis Dez. 2013)}} \right]^{-1}$$

**Für Ziel 3** beinhaltet der Zielwert die angestrebte prozentuale Veränderung des durchschnittlichen Bestandes an LZB in 2014 im Vergleich zu 2013.

$$\text{Veränderung des } \emptyset \text{Bestandes an LZB in \%} = \left[ \frac{\emptyset \text{ Bestand an LZB 2014 (Jan. 2014 bis Dez. 2014)}}{\emptyset \text{ Bestand an LZB 2013 (Jan. 2013 bis Dez. 2013)}} \right]^{-1}$$